

November 2021

Forschungsbericht

Wie gut hält Deutschland
im Ernstfall zusammen?



Wie nimmt die Bevölkerung das Krisenmanagement während der Corona-Pandemie wahr?

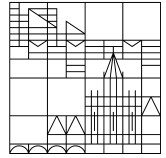
Repräsentative Bevölkerungsbefragung zur öffentlichen Wahrnehmung in der Corona-Pandemie

Alexa Lenz, Steffen Eckhard, Klara Obermaier & Pauline Hoffmann

Lehrstuhl für Öffentliche Verwaltung und Organisationstheorie
Universität Konstanz

INHALTSVERZEICHNIS

Executive Summary	3
Bevölkerungsbefragung zum Corona-Krisenmanagement - Vorbemerkung	5
Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Politik und Gesellschaft in Deutschland	6
METHODIK	8
STICHPROBE	10
ERGEBNISSE	13
Vertrauen & Gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Pandemie	13
Risikowahrnehmung und Beurteilung der Maßnahmen der Pandemie	17
Wahrnehmungen zu Föderalismus & Staatsgewalt	20
Bewertung des Corona-Krisenmanagements	22
Vertikaler Vergleich auf den verschiedenen politischen Ebenen	22
Horizontaler Vergleich zwischen Bundesländern	23
Horizontaler Vergleich zwischen Landkreisen und Kommunen	26
Der Einfluss von Parteizugehörigkeit auf die Wahrnehmung des Krisenmanagements	28
Verhaltensweisen der Bevölkerung während der Pandemie	31
INFORMATIONEN ZUM PROJEKT	35
Über die Autoren	36
REFERENZEN	37



Executive Summary

Im Mittelpunkt dieser Studie steht die **Veränderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts** in Deutschland während der Corona Pandemie. Unter gesellschaftlichem Zusammenhalt verstehen wir einerseits das Vertrauen der Menschen in den Staat und seine Institutionen (vertikaler Zusammenhalt) und andererseits das Vertrauen in die Mitmenschen (horizontaler Zusammenhalt) (siehe z.B. Kühne et al. 2020, S.2). Datengrundlage ist eine repräsentative Bevölkerungsbefragung mit 3.075 Personen, die zwischen März 2020 und März 2021 in vier Wellen stattfand. Der vorliegende Bericht fasst die **wesentlichen Ergebnisse** der Studie deskriptiv zusammen.

Vertikaler Zusammenhalt: Vertrauen in den Staat

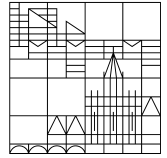
Krisen gelten generell als umwälzende Ereignisse, die das Vertrauen der Menschen in den Staat erschüttern können. Dagegen demonstriert die erfolgreiche Bewältigung einer Krise die Leistungsfähigkeit öffentlicher Institutionen und trägt zum Aufbau von Vertrauen bei. Im Verlauf der Corona Pandemie zeigte sich, **dass sich das grundlegende Vertrauen der Menschen in den Staat kaum veränderte**. Im Vergleich zwischen den Ebenen schneiden aber die bürgernahen Institutionen (Kommunen, Gesundheitsämter, Polizei) besser ab als die Bundes- oder Landesregierungen (Abb. 8). Das spiegelt sich auch in der insgesamt eher durchschnittlichen Bewertung und im Krisenverlauf weiter steigenden Unzufriedenheit mit der Arbeit der Landesebene wieder (Abb. 22).

Der **Föderalismus** hat in der Krise weiter an Zustimmung verloren (Abb. 18). Dies dürfte auch daran liegen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger von den **bürgernahen Behörden**, den Landkreisen, Städten und Gemeinden, eine deutlich **aktivere Rolle gewünscht** hätten. Im März 2021 stimmten mehr als 60 Prozent der befragten Personen der Aussage zu, dass die Kommunen **zu zögerlich** agieren (Abb. 28).

Für eine **Mehrheit** in der Bevölkerung hat der Staat die Corona Pandemie aber **alles in allem zufriedenstellend gemeistert**. Insgesamt gibt es bei dieser Bewertung keine wesentlichen Unterschiede zwischen Alter, Geschlecht und Einkommen der Befragten. Lediglich an den äußersten Rändern des politischen Spektrums fällt eine **kleine Minderheit** durch ablehnende Haltungen auf.

Horizontaler Zusammenhalt: Vertrauen in die Mitmenschen

Auch das individuelle Grundvertrauen der Befragten in ihre Mitmenschen hat sich in der Krise kaum verändert (Abb. 9). Gleichzeitig **sank die insgesamt wahrgenommene Solidarität** in der Gesellschaft im Verlauf der Corona Pandemie ab. Während in der ersten Welle 32 Prozent der Befragten eher weniger Solidarität von ihren Mitmenschen erwarteten, stieg der Anteil bis Februar 2021 auf 43 Prozent (Abb. 9). Dabei zeigen sich auch Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen: **Menschen über 60** erlebten die Gesellschaft als **sehr solidarisch**, gerade zu Beginn der Krise. Dagegen empfanden **Eltern von kleinen Kindern** eine **geringere Solidarität**, da sie die Hauptlast der Einschränkungen zu tragen hatten. Im Pandemieverlauf sank die wahrgenommene Solidarität über alle Gruppen hinweg (Abb. 11).

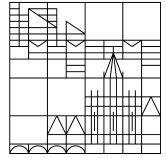


Mit Blick auf den **gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt** denken nur 20 Prozent der Befragten, dass Deutschland im Ernstfall in einer Krisensituation stark zusammenhält, 34 Prozent erwarten dagegen keinen Zusammenhalt (Abb. 7). Die **potentiellen Gründe** für diese gesellschaftliche Spaltung erstrecken sich von der medialen Berichterstattung zu Hamsterkäufen, über die Entstehung von Bewegungen wie *Querdenken*, bis hin zu politischen Skandalen um Korruption bei der Maskenbeschaffung, sowie der insgesamt stark gestiegenen Vermögensungleichheit im Verlauf der Pandemie.

Die Ergebnisse dieser Studie **widersprechen dem verbreiteten Eindruck**, dass das staatliche Handeln in der Krise **keine gesellschaftliche Akzeptanz** gehabt habe. Stattdessen war seit Herbst 2020 eine wachsende Mehrheit in der Bevölkerung der Meinung, dass die Maßnahmen des Krisenmanagements nicht weit genug gingen (Abb. 15).

Lehren für die Zukunft

Für zukünftige Krisen scheint Deutschland grundsätzlich gut aufgestellt. Allerdings wünschen sich die Menschen ein **aktiveres Krisenmanagement vor Ort**, was sich unter anderem durch eine stärkere Dezentralisierung von Kompetenzen zu den Kommunen erreichen ließe. Zudem werden **neue Lösungen für den öffentlichen Diskurs** benötigt. In der Corona Pandemie überlagerte eine sehr laute Minderheit die Meinung der schweigenden Mehrheit, was möglicherweise auch Auswirkungen auf politische Entscheidungen hatte.



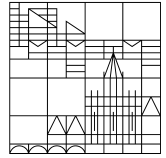
Bevölkerungsbefragung zum Corona-Krisenmanagement - Vorbemerkung

Im Rahmen des vom BMBF geförderten Verbundprojektes "Entstehung und gesellschaftliche Wirkung hybrider Organisationen im lokalen Krisenmanagement" (HybOrg) an der Universität Konstanz untersuchen Steffen Eckhard und Alexa Lenz die öffentliche Wahrnehmung staatlichen Handelns in der Corona-Krise.

Ziel des Verbundprojektes ist es zu untersuchen, wie deutsche Verwaltungsinstitutionen auf und unterhalb der Landkreisebene Krisenmanagement betreiben und wie sie dabei zum Aufbau von brückenbildendem Sozialkapital beitragen können. Dieses wird als eine Kernvoraussetzung gesellschaftlicher Resilienz angesehen. Das Projekt möchte Verwaltungshandeln im Ausnahmezustand erfassen, seine Auswirkungen auf gesellschaftlichen Zusammenhalt analysieren und konkrete Handlungsempfehlungen formulieren. Dabei wird das Augenmerk auf hybride Organisationsstrukturen gelegt, die gesellschaftliche Partizipation ermöglichen. Es wird untersucht, welche Auswirkungen die öffentliche Wahrnehmung der lokalen Bewältigung von Krisen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat.

Krisen vergegenwärtigen die Wichtigkeit funktionierender politischer und administrativer Institutionen. Das Ziel des Forschungsvorhabens ist deshalb die wissenschaftliche Untersuchung des Zusammenhangs zwischen der Krise und ihrer gesellschaftlichen Wirkung, wobei der Fokus insbesondere auf dem moderierenden Effekt des staatlichen Handelns liegt. Die zentralen Fragen sind: Wie nimmt die Öffentlichkeit das staatliche Krisenmanagement wahr? Inwieweit beeinflusst es das Vertrauen in die staatlichen Institutionen? Hierbei wird vor allem das Verwaltungshandeln auf kommunaler Ebene in den Fokus gerückt, da diesem im Rahmen des Krisenmanagements eine zentrale Bedeutung zukommt.

Nachdem das HybOrg-Forschungsprojekt bereits seit 2018 lokales Krisenmanagement und dessen öffentliche Wahrnehmung mit besonderem Blick auf die sogenannte „Flüchtlingskrise“ untersucht, wurde das Projekt nun auch um den Kontext der Covid-19-Pandemie erweitert. Dafür wurden über das Umfrageinstitut YouGov zwischen März 2020 und März 2021 in vier verschiedenen Umfragewellen insgesamt 3.075 Personen befragt, die repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren sind. Durch dieses Längsschnittdesign kann die Entwicklung der Einstellungen auch über Zeit nachvollzogen werden. Methodische Details, Sample-Charakteristika und deskriptive Ergebnisse werden in diesem Bericht zusammengefasst.



Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Politik und Gesellschaft in Deutschland

Spätestens seit Mitte März 2020 haben die Entwicklungen der Covid-19 Pandemie tief einschneidende Auswirkungen auf den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Alltag in Deutschland. Nachdem Ende Januar der erste Fall des bisher unbekanntes Coronavirus in Deutschland bestätigt wurde, breitete sich das Virus im Februar und März fast ungebremsst über ganz Deutschland aus. Das veranlasste Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung zu drastischen Eingriffen in das öffentliche Leben, deren Qualität und Umfang in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel sind. So wurde im März ein generelles Verbot, die Schließung von Freizeit- und Kultureinrichtungen sowie die eingeschränkte Schließung von Restaurants und des Einzelhandels beschlossen. Ende März folgten dann noch strengeren Regelungen, darunter Versammlungsverbote und Kontakt bzw. Ausgangsbeschränkungen.¹

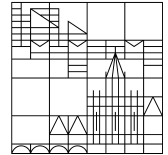
Das Coronavirus dominierte innerhalb kürzester Zeit den Alltag der Bevölkerung und entwickelte sich zur größten Gesundheitskrise in der jüngeren Vergangenheit Deutschlands. Dabei ist unklar, welche Auswirkungen die Krise für die deutsche Gesellschaft als Ganzes mit sich bringt.

Aus wissenschaftlicher Sicht werden Krisen zugleich als Chancen und Risiken für gesellschaftliche Entwicklungen angesehen. Chancen, weil Krisen auf gesellschaftliche Missstände aufmerksam machen. Sie können Veränderungen in der Politik anstoßen oder beschleunigen und Solidarität mit anderen Menschen sowie die Unterstützung durch politische Institutionen fördern. Es sind aber auch gegenteilige Entwicklungen möglich: Krisen haben das Potenzial, dem gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaden. Zögerliches und ineffektives politisches Handeln reduziert das Vertrauen, das die Bevölkerung in den Staat als Akteur und Krisenmanager legt. Gesellschaftliche Dynamiken reduzieren das Vertrauen in die Mitmenschen und bedingen die gesellschaftliche Politisierung. Gerade in der Corona-Krise zeigte sich wiederholt das Polarisierungspotenzial der Krise, angefeuert durch Verschwörungstheorien und Falschinformationen im Netz, aber auch durch politisch umstrittene Entscheidungen und Missmanagement innerhalb der Verwaltung.

Um besser verstehen zu können, welche Dynamiken in der gesellschaftlichen Wahrnehmung während der Corona-Pandemie dominieren und was die Konsequenzen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind, untersuchen wir vier zentrale Fragen:

- 1) Wie hat die Bevölkerung die politischen Maßnahmen wahrgenommen?
- 2) Wie beurteilt die Bevölkerung das Krisenmanagement auf den verschiedenen föderalen Ebenen?
- 3) Inwiefern hat die Krise das Vertrauen in Institutionen und Mitmenschen verändert?
- 4) Sind manche Gruppen stärker von der Krise betroffen als andere?

¹ Siehe z.B. Eckhard, S. & Lenz, A. (2020). Die öffentliche Wahrnehmung des Krisenmanagements in der Covid-19 Pandemie. Discussion Paper. University of Konstanz, KOPS.



Um diese Fragen zu beantworten, führte YouGov im Auftrag der Universität Konstanz vom 26. März 2020 bis 3. März 2021 vier Wellen einer repräsentativen Onlineumfrage durch. Die wiederholte Befragung der gleichen Personen über Zeit erwies sich besonders aufgrund der spezifischen Eigenschaften der Corona-Pandemie als unabdinglich. Zum einen entwickelte sich die Pandemie von einem punktuellen zu einem flächendeckenden Problem. Zu Beginn konzentrierte sich die Ausbreitung auf einige Kommunen in wenigen Bundesländern (z.B. Nordrhein-Westfalen & Baden-Württemberg), breitete sich im weiteren Verlauf aber flächendeckend über alle Kreise und Städte in Deutschland aus. Ende des Jahres 2020 waren dann auch die Länder stärker betroffen, die zu Beginn der Krise nur wenige Infektionszahlen verzeichneten (z.B. Sachsen, Sachsen-Anhalt). Zum anderen verbreitet sich die Pandemie wellenartig in Deutschland. Die erste und kleinste Welle bezeichnet den Anstieg im März/April 2020, gefolgt von einer langen Sommerpause, bis sich im Herbst 2020 die zweite Welle allmählich ausbreitete. Nach einem Abfall der Fallzahlen, folgte jedoch direkt die dritte Welle, die Anfang 2021 begann.

Um diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen und die gesellschaftlichen Veränderungen über Zeit verfolgen zu können, wurde die Umfrage im Rahmen eines Längsschnittdesigns insgesamt viermal durchgeführt. Zur Einordnung der Ergebnisse muss berücksichtigt werden, dass sich die Fallzahlen in Deutschland zum jeweiligen Zeitpunkt der vier Befragungswellen stark unterschieden (**Abbildung 1**).

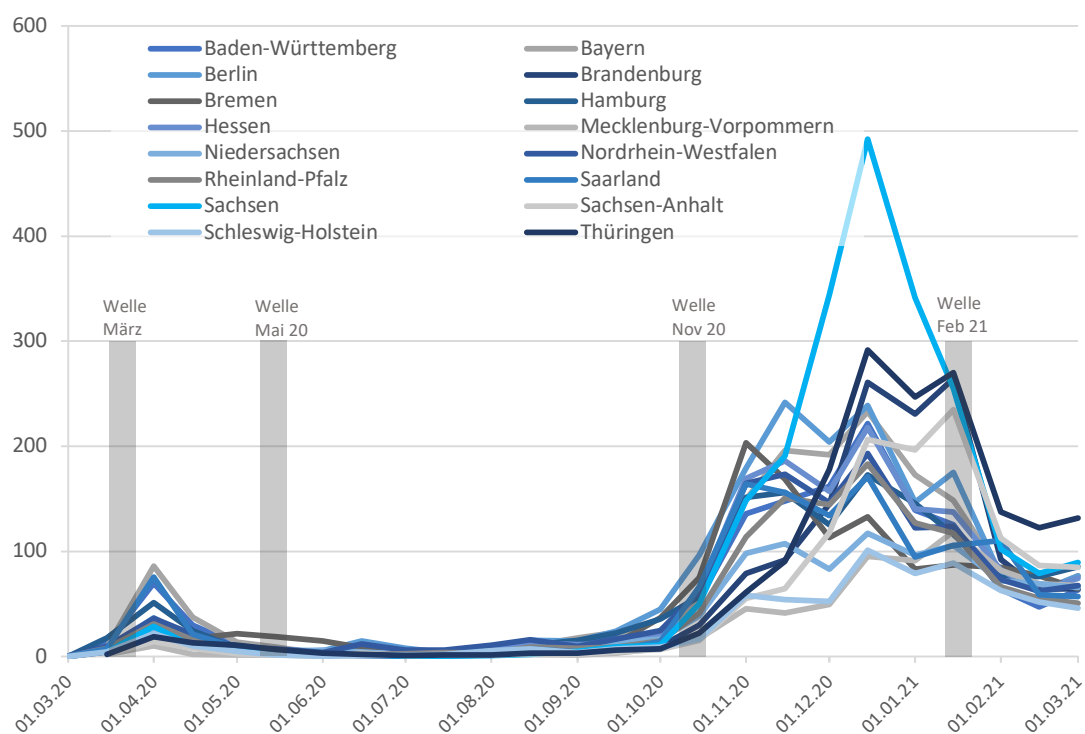
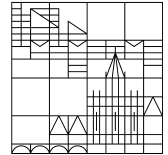


Abbildung 1: COVID-19-Fälle pro Bundesland (je 100.000 Einwohner) und die vier Befragungswellen im Zeitverlauf



METHODIK

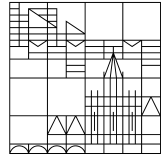
Die Befragung wurde von YouGov im Auftrag der Universität Konstanz in vier Befragungswellen durchgeführt. **Tabelle 1** zeigt die genauen Zeiträume der jeweiligen Befragung, sowie die Anzahl der Teilnehmer pro Befragungswelle. Die ursprüngliche Stichprobe umfasst 3.075 Befragte, eine Schwundquote (Attrition-Rate) von ca. 30% - 40% wurde einkalkuliert. Bei der Stichprobenziehung wurde die gesamtdeutsche Bevölkerungsverteilung berücksichtigt und durch Quoten hinsichtlich Alter (18–69 Jahre), Geschlecht, Bildung und Wohnregion ein möglichst repräsentatives Sample angesteuert. Zusätzlich wurde eine Gewichtungvariable erstellt, die Alter, Geschlecht und Bildung (gekreuzt), sowie das Bundesland gewichtet. In diesem Bericht werden jedoch lediglich die Ergebnisse der Befragung ohne Gewichtung berichtet. Im Zeitverlauf über die Wellen verändert sich die Stichprobe leicht in ihren Charakteristiken. Insgesamt entspricht sie allerdings in sehr hohem Maße der Verteilung der Merkmale Alter, Geschlecht und Bildung in der Grundgesamtheit der deutschen Bevölkerung über 18 Jahre.

Welle	Befragungszeitraum	Sample N	Männer	Frauen	Ø Alter
März 20	30.03.20 - 10.04.20	3.075	48,5%	51,5%	50,4
Mai 20	14.05.20 - 27.05.20	2.112	50,2%	49,8%	51,5
Nov 20	04.11.20 - 17.11.20	2.625	49,5%	50,5%	52,4
Feb 21	19.02.20 - 03.03.21	2.394	50,1%	49,9%	52,9

Tabelle 1: Die vier Befragungswellen im Überblick

Die Umfrage wurde online in deutscher Sprache durchgeführt. Der Fragebogen setzte sich aus verschiedenen Modulen zusammen, die unterschiedliche Themenbereiche behandelten. Im ersten Modul wurden allgemeine Informationen zu demografischen Merkmalen und politischem Interesse der Befragten erfasst. Diese ermöglichten es nochmals zu überprüfen, ob es sich in jeder Welle um die gleichen Surveyteilnehmer*innen handelte. Zusätzlich dienten die Informationen der Zuordnung der Befragten zu einzelnen Bundesländern und Tätigkeitsbereichen. Das zweite Modul fragte allgemein nach sozialem Vertrauen und dem Vertrauen in Institutionen sowie Personengruppen, wie beispielsweise Politiker*innen. Das dritte Modul erfasst Einschätzungen zu den allgemeinen Risiken und Gesundheitsbedrohungen, die mit dem Coronavirus einhergehen. Ebenso wurden die individuelle Betroffenheit und die Auswirkung der Pandemie auf die wirtschaftliche Existenz abgefragt.

Das vierte Modul beinhaltete Fragen zur Behördenwahrnehmung während der Covid-19-Pandemie. Ziel war es herauszufinden, wie die Öffentlichkeit das staatliche Krisenmanagement bewertet. So beurteilten die Surveyteilnehmer*innen die Krisenreaktionen staatlicher Organe auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene, sowie auf Ebene der Europäischen Union. Außerdem wurden sie gebeten, einzuschätzen, inwieweit das föderale System in Deutschland hilft, die Pandemie erfolgreich zu bewältigen. Abschließend folgt ein Modul zu den generellen



Einstellungen und Verhaltensweisen während der Corona-Pandemie. Fragen in diesem Abschnitt bezogen sich beispielsweise auf die Einhaltung von Handlungsempfehlungen und Regeln, den Einfluss verschiedener Informationsquellen auf die Verhaltensweisen und die Auswirkungen der Krise auf die Solidarität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zusätzlich wurden die Befragten dazu aufgefordert, diverse Maßnahmen im Rahmen der Gefahrenabwehr, wie z.B. die Erfassung mobiler Geo-Daten, zu bewerten.

Die Antwortmöglichkeiten zu den Fragen beruhen auf verschiedenen Skalen. Mehrfachantworten mit Ja- Nein- Optionen kamen besonders bei Fragen zur persönlichen Betroffenheit und der Einhaltung von Regeln zum Einsatz. Darüber hinaus wurde primär mit 5er- und 11er-Likertskalen gearbeitet, da diese in gängigen Befragungen getestet und etabliert sind (z.B. European Social Survey).

Abbildung 2: Beispielfrage aus der Umfrage

YouGov

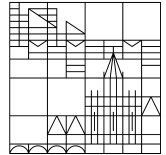
In der Corona-Krise haben Landkreise und Bundesländer die Möglichkeit, situationsangepasst zu reagieren. Wie beurteilen Sie dabei die bisherige Leistung der folgenden föderalen Ebenen Ihres Wohnorts im Vergleich zu anderen Regionen?

	Viel schlechter als die Anderen	Etwas schlechter als die Anderen	Durchschnittliche Leistung	Etwas besser als die Anderen	Viel besser als die Anderen	Weiß nicht
Ihr Landkreis	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ihr Bundesland	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

>

Die durchschnittliche Befragungsdauer für die erste Erhebung im März 2020 lag bei 26 Minuten, für die zweite Erhebung im Mai 2020 bei 21 Minuten, für die dritte Erhebung im November 2020 bei 23 Minuten und für die letzte Erhebung im Februar 2021 bei 21 Minuten. Dabei wurden Befragte, die weniger als 33% des Median der Bearbeitungsdauer der Gesamtstichprobe benötigt haben, von der Stichprobe ausgeschlossen.

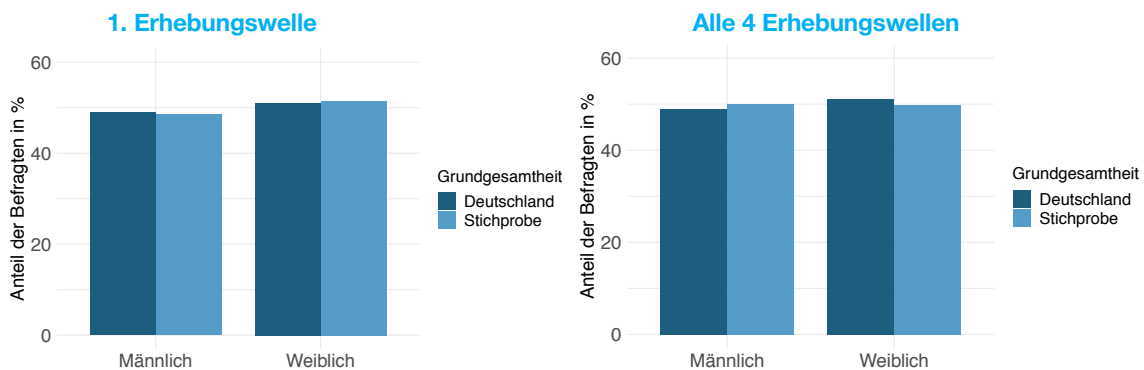
Um die Validität und Verständlichkeit der Fragen (Formulierungen und Skalen) zu gewährleisten, wurde vor der eigentlichen Feldphase ein Pretest durchgeführt. Dabei wurden mittels Snowballing und direkter Rekrutierung im Bekanntenkreis des Forscherteams 40 Personen ausgewählt, die den implementierten Fragebogen in einem Testdurchlauf bewertet haben. Alle Teilnehmer hatten die Möglichkeit, Rückmeldungen zu Formulierungen zu geben, Unklarheiten zu äußern, sowie Verbesserungsvorschlägen zu machen. Der Pretest lief vom 24.03.2020 – 25.03.2020. Auf Basis der Kommentare wurde der Fragebogen noch einmal vom HybOrg-Forscherteam in Kollaboration mit den Projektverantwortlichen bei YouGov evaluiert und überarbeitet. Die Reihenfolge und kleinere Formulierungen wurden angepasst und Fragen wurde ersetzt. Wenige technische Probleme wurden behoben und der Fragebogen konnte letztlich in einer verbesserten Version ins Feld gehen.



STICHPROBE

Die ursprüngliche Stichprobe von März 2020 umfasst 3.075 Befragte, von denen Teilnehmer*innen für die darauffolgenden Erhebungen im Mai 2020, November 2020 und Februar 2021 rekrutiert wurden. Das ermöglicht es, ihre Einstellungen über den Zeitverlauf hinweg zu untersuchen. Die dabei erhobenen demographischen Charakteristika stimmen weitestgehend mit der deutschen Bevölkerung überein. In der ersten Erhebungswelle partizipierten 48,5% Männer und 51,5% Frauen. Über den Zeitverlauf hinweg verschob sich das Verhältnis leicht, sodass insgesamt 50,1% männliche und 49,9% weibliche Befragte in allen Erhebungswellen teilnahmen. In Gesamtdeutschland entspricht der Anteil an Männern 49,3% und an Frauen 50,7%.

Abbildung 3: Geschlechtsverteilung in Deutschland und der Stichprobe



Auch hinsichtlich des Bildungsgrads stimmt die Stichprobe größtenteils mit der deutschen Bevölkerung überein, wobei sie einen etwas größeren Anteil an Personen mit hohen Schulabschlüssen aufweist. So haben 39% der Befragten, die in allen vier Erhebungswellen partizipierten, Abitur, gefolgt von 38% mit Mittlerer Reife und 22% mit Hauptschulabschluss. Wie auch in Gesamtdeutschland befinden sich die wenigsten Umfrageteilnehmer*innen in Ausbildung oder haben keinen Schulabschluss.

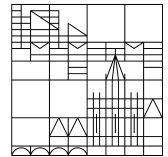
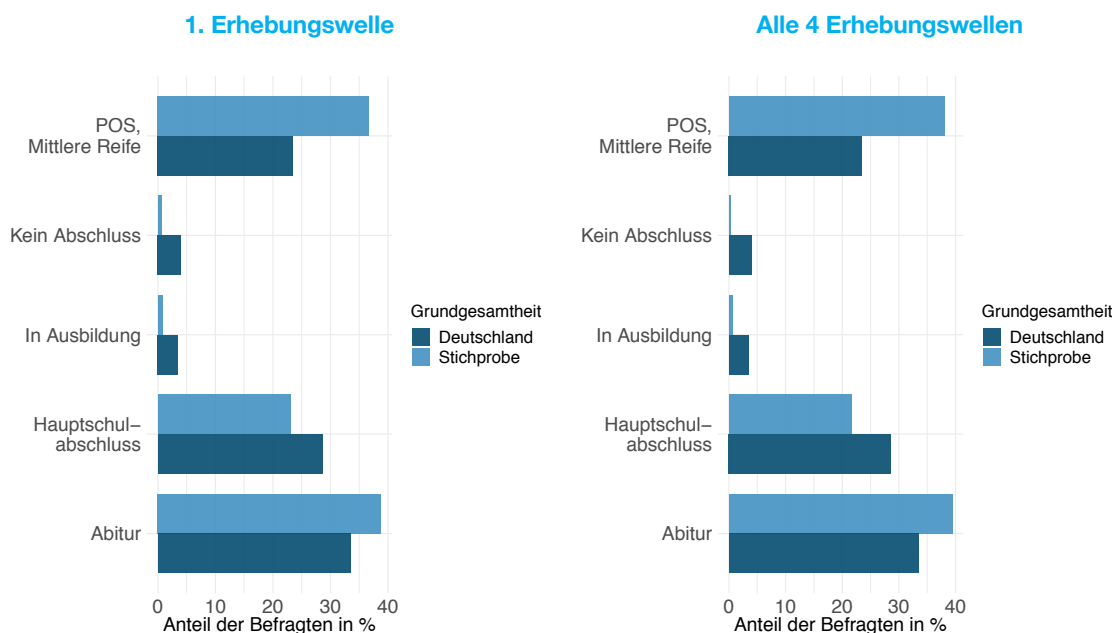
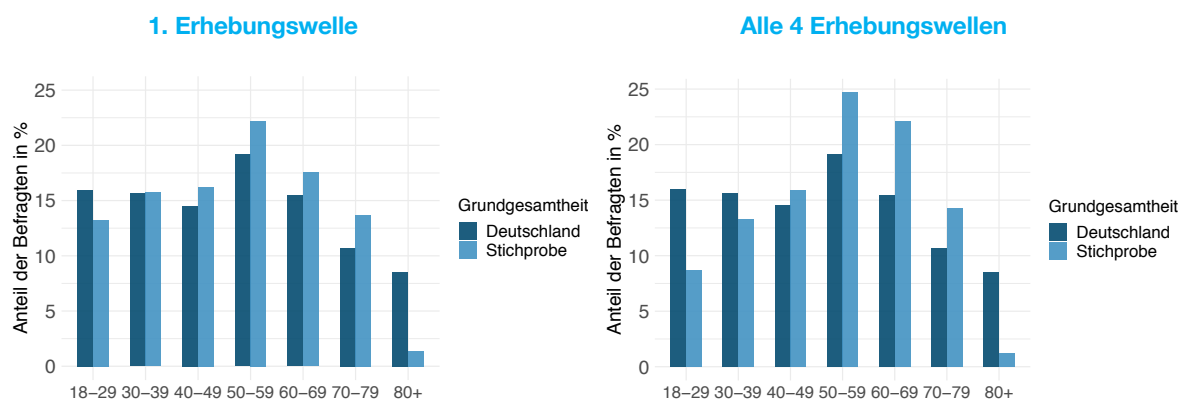


Abbildung 4: Schulabschlüsse in Deutschland und der Stichprobe



In Bezug auf das Alter zeigen sich leichte Diskrepanzen zwischen der Stichprobe und der deutschen Bevölkerung. Im Schnitt sind die Teilnehmer*innen der Befragung 52,9 Jahre alt (sd=15,3), wobei die meisten zwischen 50 und 59 Jahre alt sind, gefolgt von den 60-69 und 40-49-Jährigen. Der kleinste Anteil besteht aus den über 80 Jahre alten Teilnehmer*innen, die nur rund 1,2 Prozent der Stichprobe ausmachen. Diese Gruppe ist im Vergleich zur gesamtdeutschen Bevölkerung somit etwas unterrepräsentiert, was vor allem auf die Umfrageart (Onlineumfrage) zurückzuführen ist.

Abbildung 5: Altersverteilung in Deutschland und der Stichprobe



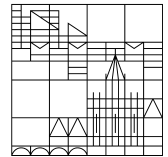
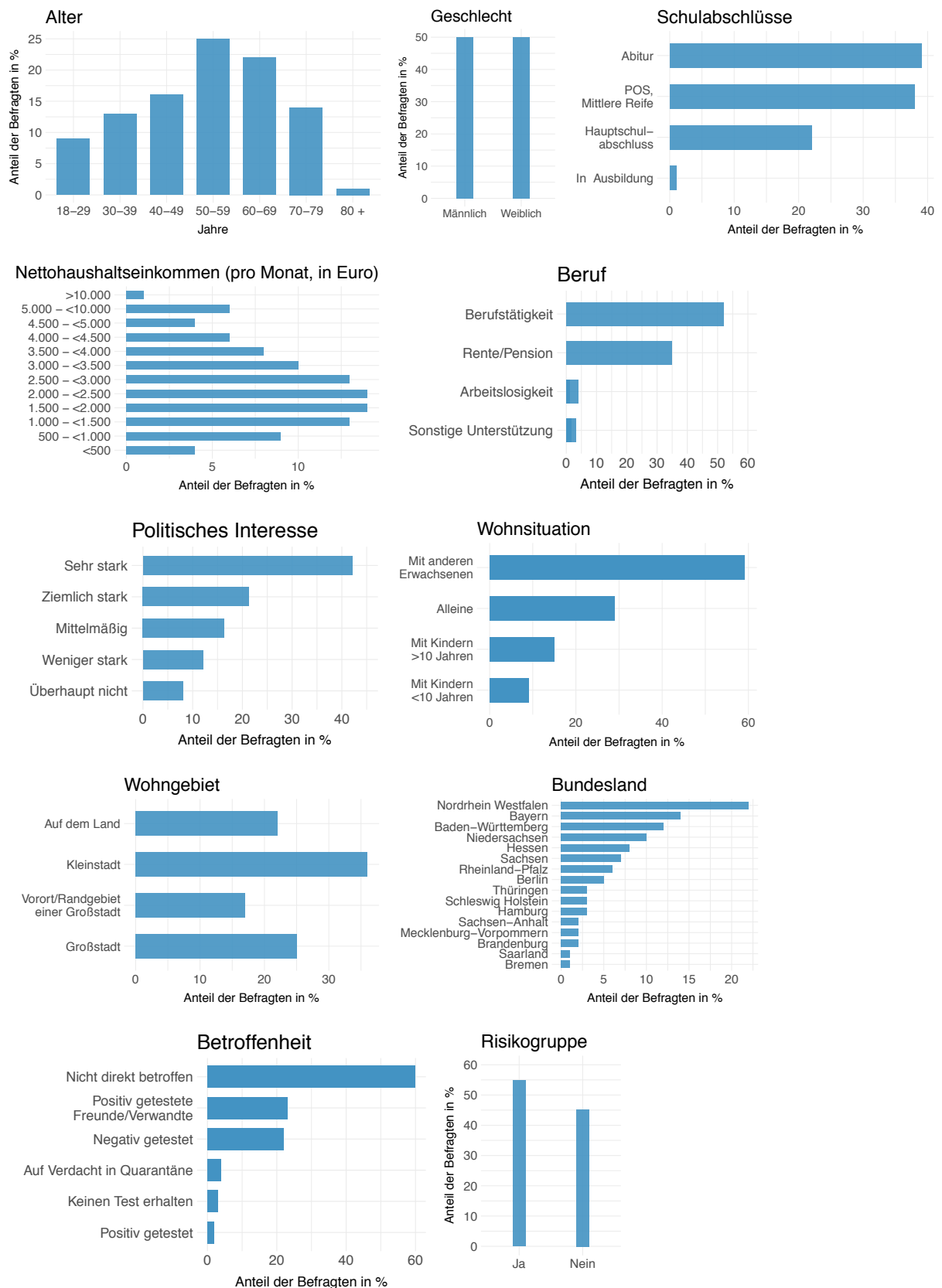
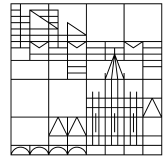


Abbildung 6: Charakteristika der Befragten (alle 4 Erhebungswellen)





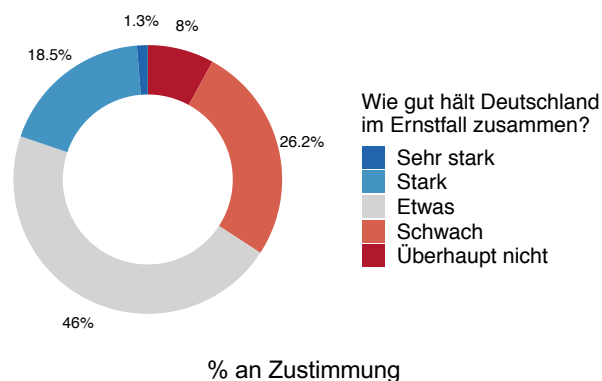
ERGEBNISSE

Vertrauen & Gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Pandemie

Krisen bedeuten immer auch Veränderung für die Gesellschaft, sodass gesellschaftlicher Zusammenhalt und Solidarität während der Corona-Pandemie besonders häufig und breit diskutiert wurden. Dabei gibt es zwei Wirkungsrichtungen von gesellschaftlichem Zusammenhalt, die für Krisen relevant sind: Zum einen ist er eine wichtige Bedingung für gutes Pandemiemanagement und entscheidet somit darüber, wie das Land die Krise meistert. Eine Gesellschaft mit gutem Zusammenhalt ist also resilienter und kann besser auf Krisen reagieren. Zum anderen wirken sich Krisen auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus. Wenn Solidarität gelebt und empfunden wird, die Menschen auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten und dafür die Gesellschaft als Ganzes in den Vordergrund stellen, können Krisen das Vertrauen in die Politik und Mitmenschen stärken. Unsolidarisches Verhalten, Bevorzugung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, oder Uneinigkeit und Polarisierung können den Zusammenhalt jedoch schwächen.²

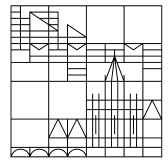
Insgesamt zeigen unsere Umfragedaten, **dass es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland nicht so gut bestellt ist**, zumindest gemäß der Wahrnehmung der Befragten (**Abbildung 7**). Nur knapp 20% der Befragten denken, dass Deutschland im Ernstfall in einer Krisensituation zusammenhält, 34% schätzen den Zusammenhalt in Krisen dagegen schwach, oder als nicht vorhanden ein. 46% geben zumindest an, dass Deutschland in Krisensituationen etwas zusammenhält.

Abbildung 7: Hält Deutschland im Ernstfall in einer Krisensituation zusammen, oder nicht? (Welle Februar 2021)



Angesichts der insgesamt eher mäßig guten Bewertung des Zusammenhalts lohnt sich ein Blick auf die Veränderung des politischen Vertrauens und des Vertrauens in Mitmenschen über den Verlauf der Pandemie. Politisches Vertrauen ist eine zentrale Voraussetzung für gu-

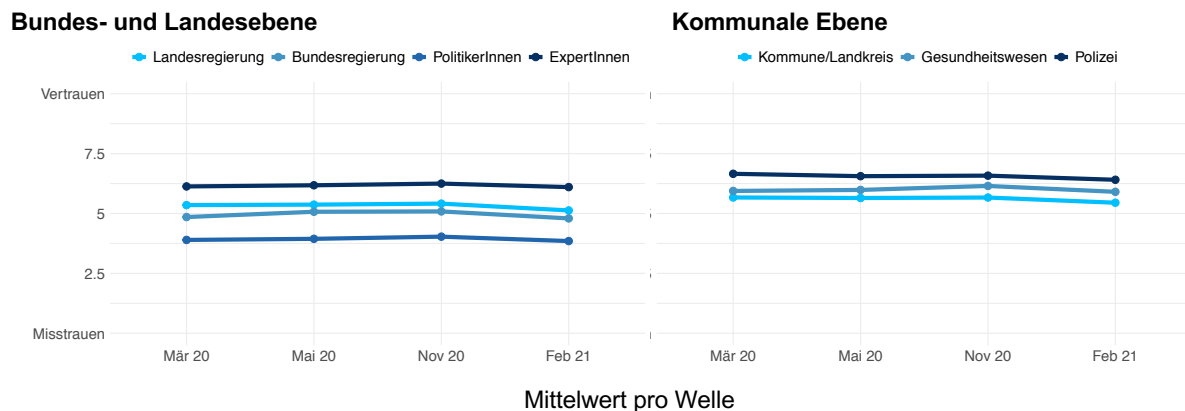
² Siehe z.B. Kaniasty, K., & Norris, F. H. (1995). In search of altruistic community: Patterns of social support mobilization following Hurricane Hugo. *American Journal of Community Psychology*, 23(4), 447-477, und Kühne, S., et al. (2020). Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten von Corona: Eine Chance in der Krise?, SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, No. 1091, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.



tes Regieren und die Aufrechterhaltung politischer Systeme. Wichtig für die öffentliche Wahrnehmung sind dabei unter anderem Faktoren wie Effizienz, Fairness und Transparenz. Politisches Fehlverhalten, mangelnde Ergebnisorientierung oder Leistung und Korruption hingegen können das Vertrauen in das politische System und die Regierung auf den unterschiedlichen Ebenen reduzieren. Krisen, als exogener Schock, stellen eine besondere Herausforderung für Regierungen dar. In Situationen großer Unsicherheit sind die bestmöglichen Handlungsweisen nicht von vornherein klar und Krisenmanagement ist geprägt von inhärenten Dilemmata. Da politisches Vertrauen jedoch eine wichtige Einflussgröße für Wahlentscheidungen, politische Präferenzen und politisches Handeln ist und das Funktionieren des politischen Systems beeinflussen kann, ist es wichtig zu verstehen, wie sich die Corona-Pandemie in Deutschland darauf ausgewirkt hat.³

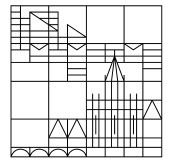
Unsere Umfragedaten verdeutlichen, **dass sich das diffuse Vertrauen der Befragten im Krisenverlauf kaum verändert hat: Alle Vertrauenswerte laufen weitgehend auf konstantem Niveau (Abbildung 8)**. Dabei zeigen sich insgesamt das meiste Vertrauen in Expert*innen und Polizei, gefolgt vom Gesundheitswesen. Den Kommunalregierungen wird außerdem etwas mehr Vertrauen entgegengebracht als Landes- und Bundesregierung. Am wenigsten Vertrauen haben die Befragten in Politiker*innen. Abgesehen von dem Vertrauen in Politiker*innen, das mit Werten um 3,7 eher zu Misstrauen tendiert, liegen die Vertrauenswerte in allen anderen Kategorien bei 5 oder mehr im guten Mittelfeld.

Abbildung 8: Wie sehr vertrauen Sie persönlich jeder der folgenden Institutionen oder Personengruppen?



Aber auch für das zwischenmenschliche Vertrauen bedeuten Krisen Veränderungen. Unsere Umfragedaten zeigen, dass sich, ähnlich wie auch beim politischen Vertrauen, **das Grundvertrauen der Befragten in die Mitmenschen über die Krise kaum verändert hat (Abbildung 9)**. Auf die Frage, *ob man den meisten Menschen vertrauen kann oder man im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein kann*, antworten die Teilnehmer*innen durchschnittlich mit einem Wert unter 5. Das bedeutet, dass das Vertrauen in die Mitmenschen

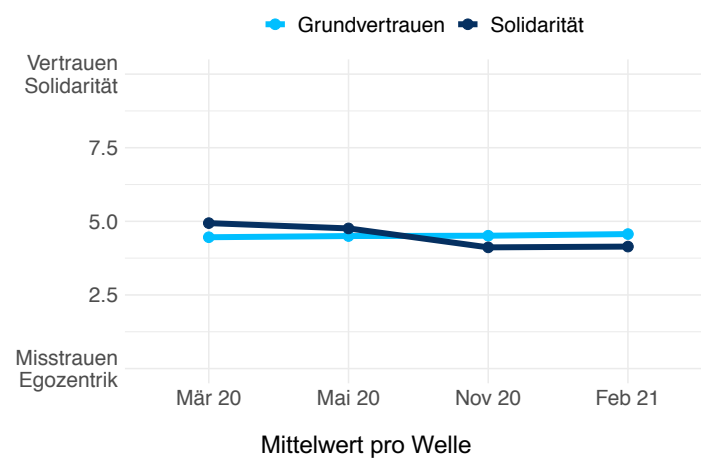
³ Siehe z.B. Devine D, et al. (2020). Trust and the Coronavirus Pandemic: What are the Consequences of and for Trust? An Early Review of the Literature. *Political Studies Review* 19(2) und Schraff, D. (2020). Political trust during the Covid-19 pandemic: Rally around the flag or lockdown effects? *European Journal of Political Research*.



insgesamt relativ niedrig ist, verglichen mit der Mehrheit der oben genannten politischen Institutionen (**Abbildung 8**).

Eine Veränderung zeigt sich jedoch bemerkenswerterweise bei der Betrachtung von Solidarität mit explizitem Bezug zur Corona-Krise: die Daten zeigen eine Verschlechterung der wahrgenommenen Solidarität mit den Mitmenschen. Zu Beginn der Pandemie liegen die Mittelwerte zur Frage ob *in der aktuellen Krisensituation die Menschen primär an sich selbst denken, oder Solidarität mit den Mitmenschen zeigen* bei 5, also genau mittig zwischen voller und überhaupt keiner Solidarität. Bis November sinkt der Mittelwert auf etwa 3,7. **Die Befragten nehmen mit Verlauf der Krise ihre Mitmenschen als immer weniger solidarisch wahr** (**Abbildung 9**).

Abbildung 9: Grundvertrauen und spezifisches Vertrauen in die Mitmenschen



Wichtig für diese Solidaritätswahrnehmung ist auch das gemeinsame Erleben der Pandemie. Im Verlauf der Krise wuchs die Polarisierung. Einerseits nahm die mediale Berichterstattung über Querdenker-Demonstrationen, Corona-Parties und Test- und Impfgegner zu. Andererseits rückte die Wahrnehmung einer „Corona-Diktatur“ sowie alternative Medien und Fakten in den Vordergrund, was zu einem Anstieg in gegenseitigem Unverständnis beigetragen haben könnte. Auch die Erfahrungs- und Beobachtungswerte aus dem eigenen Umfeld, wer sich an die Maßnahmen hält und wer nicht, könnten die Wahrnehmung von Solidarität getrübt haben.⁴ In der Tat lassen sich auch in unseren Daten solche Tendenzen beobachten (**Abbildung 10**). Im Vergleich zu den anderen Wellen war der Anteil der Befragten, die angaben, dass sich der überwiegende Teil der Menschen in Deutschland an die geltenden Verhaltensregeln und Empfehlungen hält, im März 2020 am höchsten. Auch wenn sich in den späteren Wellen das Verhältnis nach unten verschiebt und die Verhaltensregeln gefühlt seltener eingehalten werden, bleibt die Antwort „überwiegend“ dennoch am stärksten vertreten. **Insgesamt werden die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus also über alle Wellen hinweg nach Gefühl der Befragten überwiegend eingehalten.**

⁴ Siehe z.B. Goldstein D., & Wiedemann J. (2020). Who Do You Trust? The Consequences of Political and Social Trust for Public Responsiveness to COVID-19 Orders. Available at: <https://ssrn.com/abstract=3580547>; und Ellerich-Groppe, N., et al. (2021). Young for old—old for young? Ethical perspectives on intergenerational solidarity and responsibility in public discourses on COVID-19. *European Journal Ageing* 18.

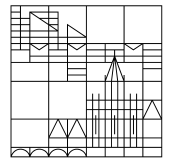
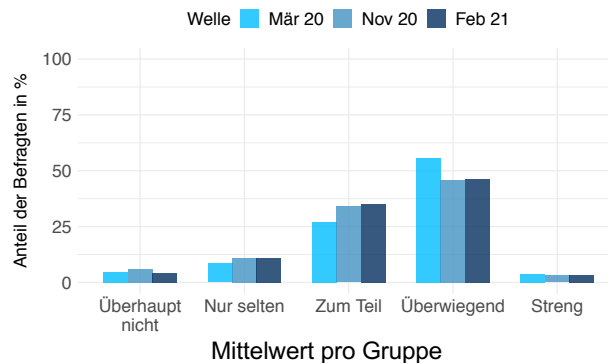
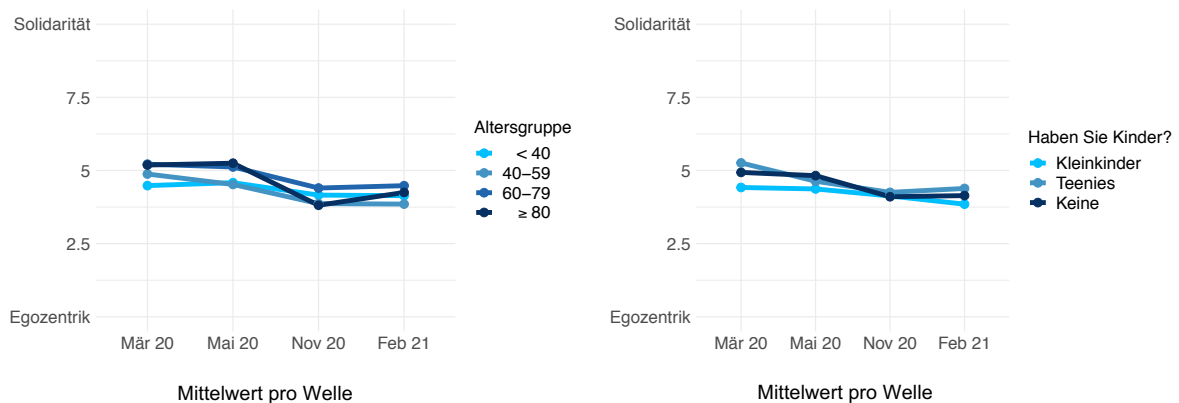


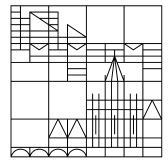
Abbildung 10: Haben Sie das Gefühl, dass die meisten Leute in Deutschland sich momentan an die Verhaltensempfehlungen und Regeln der Politik / des Staates halten, oder dass sie ihnen momentan nicht nachkommen?



Die politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie bedeuten für manche Personengruppen stärkere Auswirkungen als für andere. Betreiber von Gastronomie- oder Hotelbetrieben, Eltern von Kita- und Schulkindern und Menschen, die in Grenzregionen leben, sind Beispiele für Gruppen, die die Auswirkungen der Maßnahmen stärker spüren. In diesem Bereich ist noch weitere Forschung notwendig, um die jeweilige Betroffenheit durch das Virus und die Maßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 besser verstehen zu können. **Abbildung 11** zeigt deskriptiv und beispielhaft solche Gruppenunterschiede für verschiedene Altersgruppen und Eltern. **Starke Veränderungen der wahrgenommenen Solidarität zeigen sich vor allem bei Menschen über 80, die zu Beginn der Pandemie deutlich mehr Solidarität feststellten als im Winter 2020/21. Eltern von Kleinkindern, wiederum, nehmen über den gesamten Pandemieverlauf die Solidarität der Mitmenschen tendenziell etwas geringer wahr als die anderen Gruppen.** Bei der zukünftigen Untersuchung der gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie sollten gesellschaftliche Gruppen also differenziert betrachtet werden, um die Wirkungsmechanismen besser verstehen zu können.

Abbildung 11: Glauben Sie, dass in der der aktuellen Krisensituation die Menschen primär an sich selbst denken, oder Solidarität mit den Mitmenschen zeigen? - Nach Eltern- und Altersgruppen





Risikowahrnehmung und Beurteilung der Maßnahmen der Pandemie

Beim SARS-CoV-2 Virus handelte es sich um ein neuartiges Virus, über das vor allem zu Beginn, aber auch im Verlauf der Krise wenig Informationen bekannt waren. So wusste man zunächst nur wenig über die Ansteckungsrate und Sterblichkeit des Virus, über mögliche Symptome und die effektivsten Behandlungsmöglichkeiten. Auch wenn in einem beachtlichen Tempo neue Erkenntnisse generiert wurden, ist die Pandemie insgesamt gekennzeichnet von fehlenden Informationen – sei es zu Langzeitfolgen, Risikofaktoren, Mutationen, etc.

Basierend auf dieser Ausgangssituation stellt sich im Zuge der Corona-Pandemie die Frage, wie dramatisch die Krise von der Bevölkerung eingeschätzt wird. Dabei zeigen die Umfrageergebnisse **eine hohe Risikowahrnehmung in der Bevölkerung, die dem Pandemieverlauf entsprechend leicht schwankt** (Abbildung 12). Insgesamt ist die Risikowahrnehmung zu Beginn der Pandemie am größten. Zum Sommer 2020 sinkt die Risikowahrnehmung signifikant, steigt dann aber mit Beginn der zweiten Welle und erreicht im Februar fast ebenso hohe Werte wie zu Pandemiebeginn. Geringere Fallzahlen nach den starken präventiven Maßnahmen der ersten Welle, ermöglichten einen weitestgehend ruhigen Sommer in Deutschland. Im Herbst zeichnete sich jedoch eine Verschlimmerung der Situation ab und im Februar 2021 hatten die hohen Todeszahlen und anhaltenden Präventionsmaßnahmen die Risikowahrnehmung wieder ansteigen lassen.

Die Daten offenbaren außerdem **erhebliche Altersunterschiede**. Die ausgeprägteste Risikowahrnehmung weisen Personen in der Altersgruppe über 80 auf, dicht gefolgt von den 60-79-Jährigen. Obwohl die jüngeren Altersgruppen das Risiko als weniger stark einschätzen als die älteren Gruppen, bleibt die Risikowahrnehmung insgesamt hoch. Auch diese Beobachtung passt zu den Eigenschaften der Krise, da das Coronavirus besonders gesundheitsgefährdend für ältere Personen ist, während Jüngere durchschnittlich eher leichtere Krankheitsverläufe aufweisen.

Abbildung 12: Wie hoch schätzen Sie das Risiko durch die Corona-Pandemie allgemein ein?

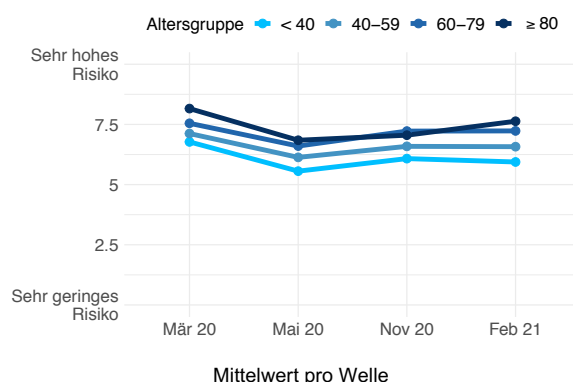


Abbildung 13: Sehen Sie sich durch die Corona-Pandemie in Ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht (z.B. Einkommensausfall, Arbeitsplatzverlust, ...)?

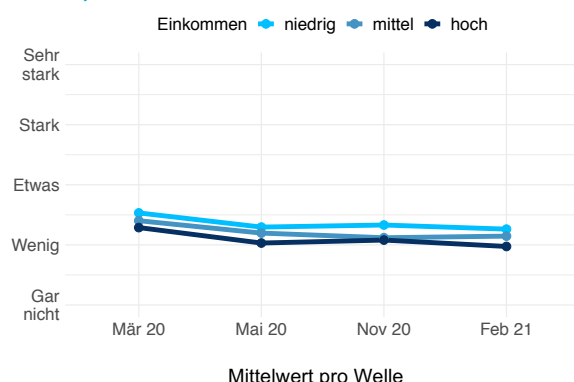
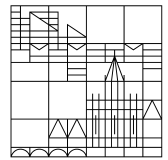


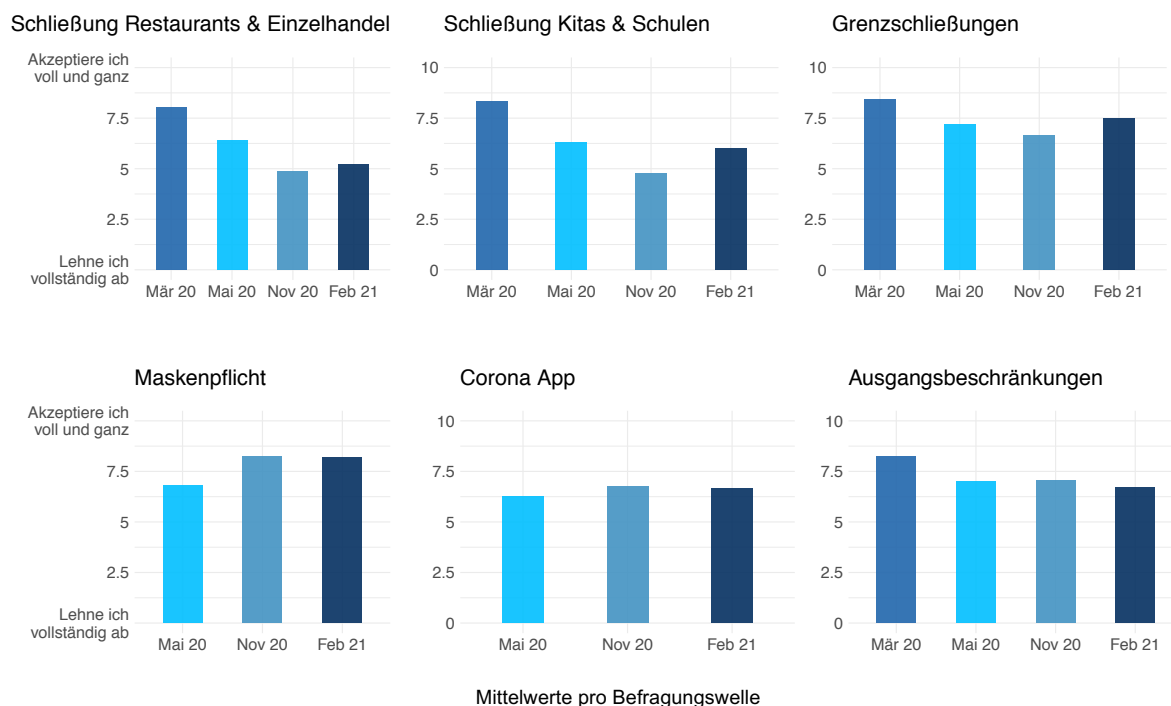
Abbildung 13 zeigt die Umfrageergebnisse zur wirtschaftlichen Bedrohung durch die Corona-Pandemie. **Insgesamt sehen sich die meisten Befragten in ihrer wirtschaftlichen Exis-**



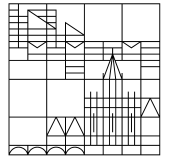
tenz wenig bis etwas bedroht. Einkommensschwächere Teilnehmende ($\leq 70\%$ des deutschen Medianeinkommens $\leq 1388\text{€}$) sehen sich dabei etwas stärker bedroht als mittlere ($70\% - 150\%$ Medianeinkommen) und einkommensstarke Gruppen ($\geq 150\%$ Medianeinkommen).

Die Befürwortung der politischen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus deckt sich weitgehend mit der Risikowahrnehmung der Bevölkerung. Um die exponentielle Verbreitung des Virus zu verhindern, wurden zum Teil äußerst restriktive Maßnahmen eingesetzt. Retrospektiv folgt der Verlauf der Maßnahmen einem inkrementellen Anpassungsprozess, geleitet von der wiederkehrenden Befürchtung, dass gerade erst beschlossene Maßnahmen nicht weitreichend genug waren. **Insgesamt zeigt sich über den Krisenverlauf hinweg breite Zustimmung für die ausgewählten getroffenen Maßnahmen (Abbildung 14).** Die politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie werden besonders dann akzeptiert, wenn auch die Risikowahrnehmung besonders hoch ist, also während der ersten und der letzten Befragungswelle. Insgesamt zeigt sich jedoch besonders bei den Schließungen von Restaurants, dem Einzelhandel und Kitas sowie Schulen ein starkes Abfallen der Akzeptanz. Grenzsicherungen und Ausgangssperren verlieren weniger stark an Akzeptanz und werden weitgehend gut angenommen. Ein etwas anderes Bild zeichnet sich bei der Akzeptanz der Maskenpflicht und der Corona-Warnapp ab. Beide Maßnahmen gewinnen im Krisenverlauf an Akzeptanz. Mit Verlauf der Krise entwickelt sich die Maskenpflicht sogar zur am meisten akzeptierten Maßnahme.

Abbildung 14: Wie stehen Sie [im Moment] zu folgenden [(möglichen)] staatlichen Entscheidungen in der aktuellen Krise?



Die Mehrheit der Deutschen ist darüber hinaus im Krisenverlauf skeptisch, ob die jeweils gültigen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung ausreichend sind (Abbildung 15). Die Gruppe der Skeptiker ist in ihrer Meinung (unabhängig von den sich über Zeit ändernden Maßnahmen) relativ unbeeindruckt. Die Gruppe, die die Maßnahmen anfangs als genau richtig empfand



schrumpft über Zeit. Die Abwanderung findet vor allem in Richtung „Nicht genug“ statt. Insgesamt werden die Meinungen zu den Maßnahmen extremer: **im Krisenverlauf ist bei der Einschätzung, ob Maßnahmen ausreichend sind, eine deutliche Polarisierung und Spaltung zu beobachten (Abbildung 16).**

Abbildung 15: Alles in allem, wie beurteilen Sie das bisherige Krisenmanagement des deutschen Staates in der Covid-19 Pandemie? Die Maßnahmen waren...

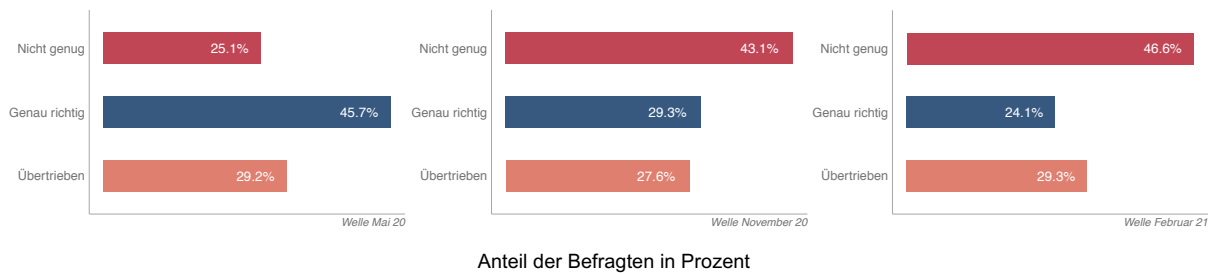
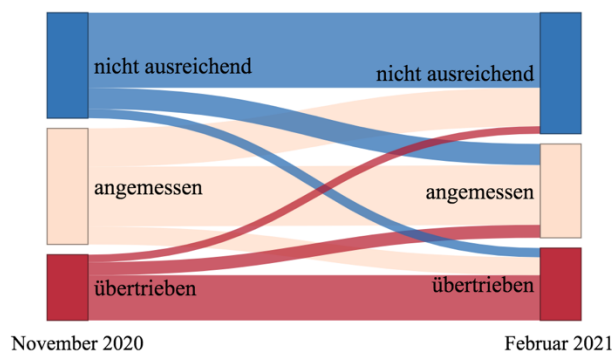
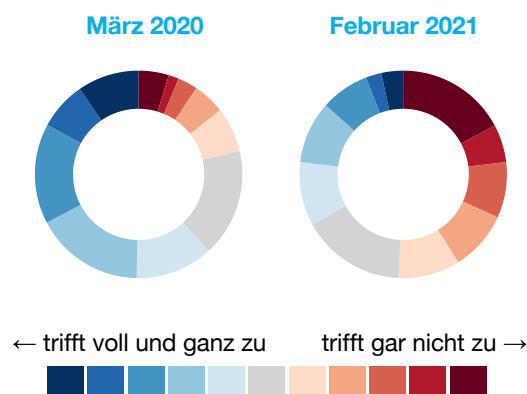


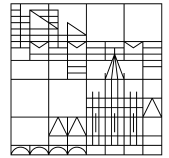
Abbildung 16: Veränderung der Einschätzung der Maßnahmen über Zeit



Abgesehen von politischen Maßnahmen, die besonders den persönlichen Bereich betreffen, bewerten die Befragten die **Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen zunehmend als unzureichend (Abbildung 17)**. Während im März 2020 noch die Hälfte der Befragten aussagte, dass die Regierung die notwendigen Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen und Dienstleistern trifft, schrumpft dieser Anteil im Verlauf der Krise drastisch. Im Februar beantworten ca. 50% der Teilnehmenden die Kategorie mit „trifft nicht zu“.

Abbildung 17: Die Regierung trifft die notwendigen Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen und Dienstleistern



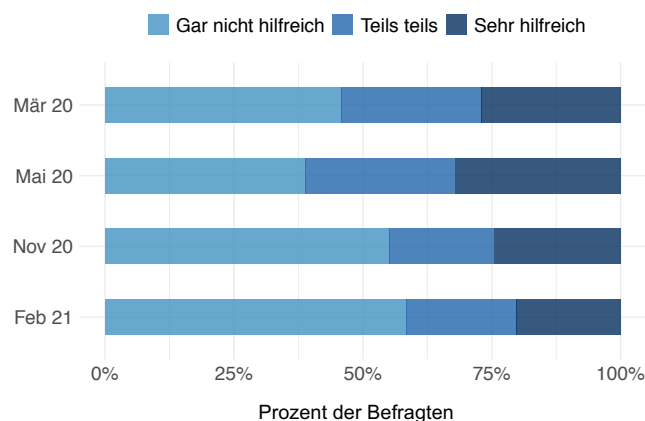


Wahrnehmungen zu Föderalismus & Staatsgewalt

Im politisch-administrativen System der Bundesrepublik Deutschland folgt das Krisenmanagement der Funktionslogik des Verwaltungsföderalismus. Während der Bund für die Gesetzgebung zuständig ist, obliegt den Ländern und Kommunen die Umsetzung des Bundesrechts. Bundesrechtlicher Rahmen für die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Epidemie ist das *Infektionsschutzgesetz*. Dieses räumt den Landesregierungen weitreichende Kompetenzen bei der Bekämpfung ansteckender Krankheiten ein, wobei Maßnahmen im Rahmen von Verordnungen bestimmt werden, also keiner Beteiligung der Landesparlamente bedürfen. Während der Corona-Pandemie waren die Bundesländer und Kommunen verantwortlich für die Umsetzung von Hygieneanforderungen, Kontaktbeschränkungen und Lockdown-Maßnahmen in Rechtsverordnungen. Dabei ergaben sich erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern mit Blick auf die Schwerpunktsetzung und Restriktivität der Maßnahmen.⁵

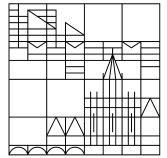
Phasenweise ergaben sich dadurch zunächst „Races to the Top“, in denen sich die Länder bei der Geschwindigkeit und dem Ausmaß der Maßnahmen gegenseitig überboten, gefolgt von „Öffnungsrennen“, bei denen die Aufhebung der Regelungen nicht schnell genug gehen konnte. Da oftmals keine einheitliche Systematik erkennbar war, führte dies in der medialen und öffentlichen Wahrnehmung zu Unübersichtlichkeit und Unzufriedenheit. „Flickenteppich Deutschland“, oder „Stresstest für den Flickenteppich“ lauteten beispielsweise die Schlagzeilen. Diskutiert wurde aber nicht nur die Funktionsfähigkeit des föderalen Systems, sondern auch die Außenwirkung. So wurde medial wiederholt auf das Risiko verwiesen, dass Vertrauen und Akzeptanz in die Politik sinken, wenn die Maßnahmen zu unterschiedlich ausfallen.⁶

Abbildung 18: Glauben Sie, dass das föderalistische System in Deutschland (also, dass bei bestimmten Themen jedes Bundesland eigene Regelungen trifft) hilft, die Corona-Pandemie erfolgreich zu bewältigen?



⁵ Siehe z.B. Behnke, N. (2020). Föderalismus in der (Corona-) Krise? Föderale Funktionen, Kompetenzen und Entscheidungsprozesse. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 70(35-37).

⁶ Siehe z.B. Eckhard, S., & Lenz, A. (2020). Die öffentliche Wahrnehmung des Krisenmanagements in der Covid-19 Pandemie. Discussion Paper. University of Konstanz, KOPS.

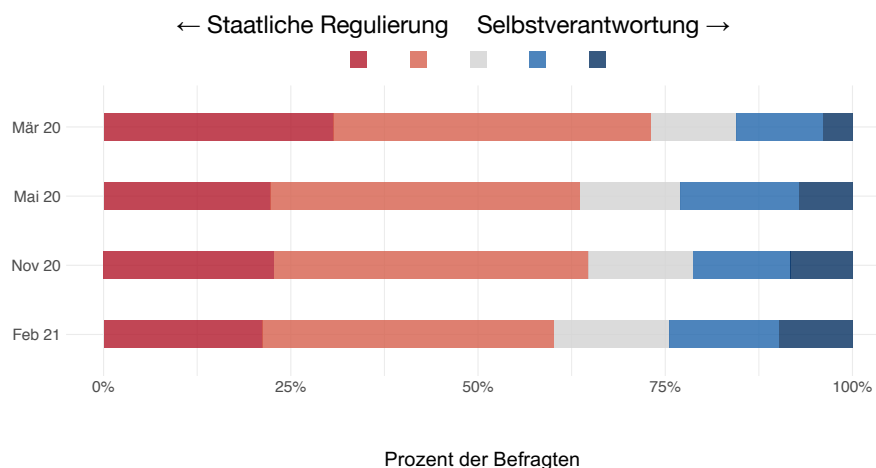


Im Verlauf der Corona-Krise machten sich insbesondere beim Bundesgesundheitsminister Bemühungen bemerkbar, den Ländern Zuständigkeiten zu entziehen und dem Bund mehr Steuerungskompetenzen zuzusprechen. Mit dem am 27. März beschlossenen *Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite* wurden dann auch einige Änderungen am Infektionsschutzgesetz vorgenommen. Eine weitreichende Reform der Kompetenzverteilung scheiterte allerdings lange am Widerstand der Bundesländer. Erst mit der Bundesnotbremse, die Ende April 2021 in Kraft trat, wurden erstmals einheitliche Regelungen von Bundesebene beschlossen.⁷

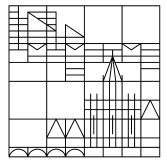
Als Konsequenz kann hinterfragt werden, ob Pandemiemanagement überhaupt auf Länderebene betrieben werden sollte. Zumindest aus Sicht der öffentlichen Meinung ergibt sich hierzu ein klares Bild: **Mit der Zeit glauben immer weniger Befragte, dass das föderalistische System in Deutschland hilft, die Corona-Pandemie erfolgreich zu bewältigen.** Auf die Frage, ob das föderalistische System in Deutschland hilft, die Corona-Pandemie erfolgreich zu bewältigen, antworten im Zeitverlauf also immer mehr Befragte mit „Gar nicht hilfreich“ (**Abbildung 18**). Die verschiedenen Vorgehensweisen der Länder, vor allem im Lockdown, führten wohl zu Unsicherheit und Unmut in der Bevölkerung. Dabei hat sich die Kritik auf hohem Niveau stabilisiert und sank im Zeitverlauf trotz der besseren Pandemiebedingungen kaum ab.

Gleichzeitig **befürwortet jedoch die Mehrheit der Befragten generell staatliches Eingreifen und Regulierungen in Krisensituationen** (**Abbildung 19**). Nur maximal 25% der Teilnehmer*innen finden, dass selbstverantwortliches Handeln der Bürger*innen über den staatlichen Maßnahmen in der Krise stehen sollten.

Abbildung 19: Denken Sie, dass in Krisensituationen am besten der Staat strenge Maßnahmen über Ihr Verhalten und das Verhalten Ihrer Mitmenschen einleiten sollte, oder sollte er lediglich informieren und alle entscheiden selber?



⁷ Siehe z.B. Eckhard, S., & Lenz, A. (2020). Die öffentliche Wahrnehmung des Krisenmanagements in der Covid-19 Pandemie. Discussion Paper. University of Konstanz, KOPS.

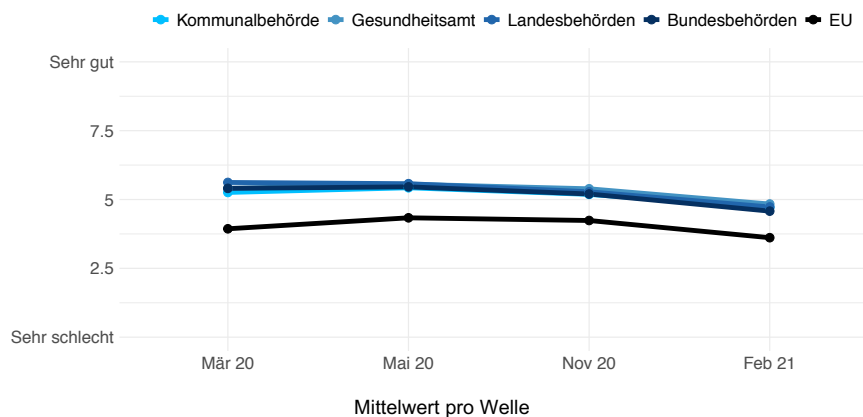


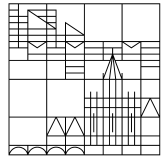
Bewertung des Corona-Krisenmanagements

Vertikaler Vergleich auf den verschiedenen politischen Ebenen

Entsprechend der föderalen Struktur in Deutschland nehmen die verschiedenen staatlichen Ebenen im Krisenmanagement unterschiedliche Aufgaben wahr. Insgesamt zeigt sich, **dass das Krisenmanagement aller staatlichen Ebenen vor allem zu Beginn der Pandemie eher positiv bewertet wird, diese Bewertung aber permanent leicht abfällt** und sich mittig auf der Skala sammelt (**Abbildung 20**). Bei den unterschiedlichen Ebenen und staatlichen Organen verläuft diese Entwicklung größtenteils parallel. Alle nationalen Ebenen werden auch jeweils etwa gleich im oberen Mittelfeld bewertet. Die einzige Ausnahme bildet die EU, deren Krisenmanagement wesentlich schlechter eingestuft wird.

Abbildung 20: Wie beurteilen Sie die bisherige Reaktion auf die Corona-Pandemie der staatlichen Organe in den folgenden Kontexten?

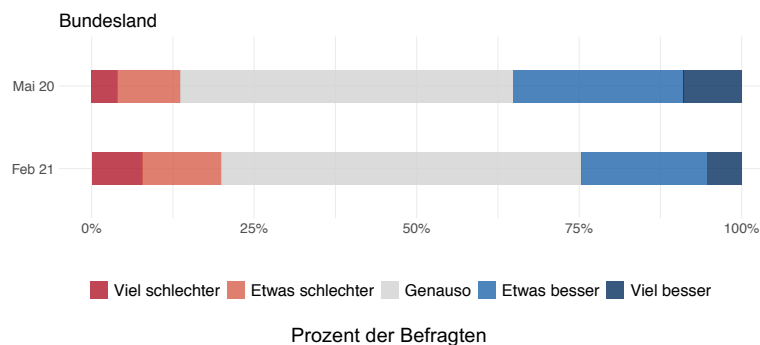




Horizontaler Vergleich zwischen Bundesländern

Im Vergleich zu anderen Bundesländern bewerten die Befragten ihre eigenen Länder vor allem zu Beginn der Krise etwas besser als die anderen (**Abbildung 21**). Im Februar 2021 verschwindet dieser Effekt dagegen fast. Der Anteil derer, die ihre Bundesländer besser und schlechter bewerten ist nun in etwa gleich groß.

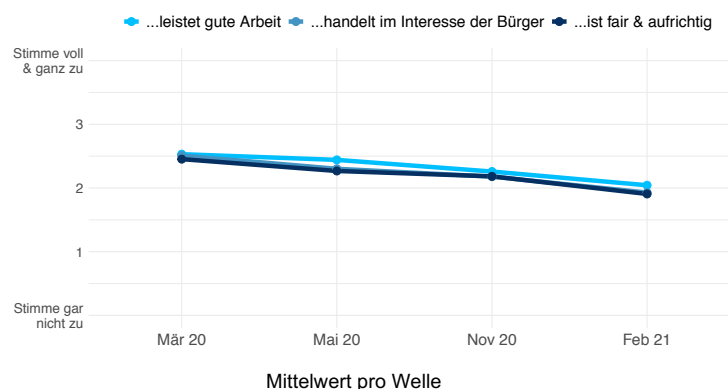
Abbildung 21: In der Corona-Krise haben Bundesländer die Möglichkeit, situationsangepasst zu reagieren. Wie beurteilen Sie dabei die bisherige Leistung der folgenden föderalen Ebenen Ihres Wohnorts im Vergleich zu anderen Regionen?



Außerdem zeigt sich bei der **Bewertung des Krisenmanagements der Bundesländer über Zeit vor allem der Trend zu sinkenden Zustimmungswerten (Abbildung 22)**. Besonders deutlich ist dieser Effekt bei den Fragen, ob die Landesregierungen 1) gute Arbeit leisten, 2) im Interesse der Bürger*innen handeln, und 3) fair und aufrichtig sind. Alle Aussagen verlieren über Zeit konstant an Zustimmung, das heißt die Landesregierungen werden über Zeit immer schlechter bewertet. In den Werten unterscheiden sich die einzelnen Aussagen kaum merklich voneinander.

Abbildung 22: Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen für die Landesregierung des Bundeslands, in dem Sie leben zu? Mit Bezug auf das Krisenmanagement ...

Die Landesregierung...



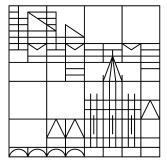
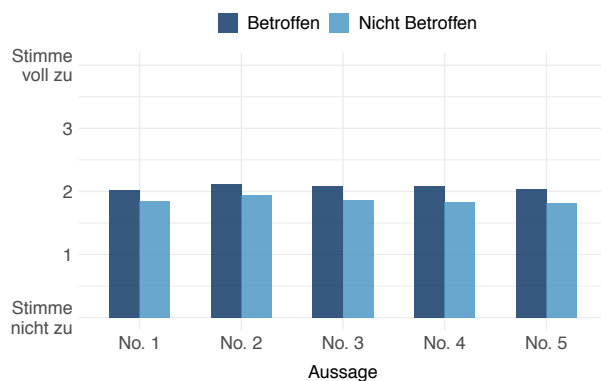


Abbildung 23 zeigt die Zustimmung zu fünf verschiedenen Aussagen nach zwei Gruppen: Betroffene und nicht Betroffene. Als betroffen zählen alle Umfrageteilnehmer*innen, die entweder selbst mit Covid-19 infiziert waren, auf Verdacht in Quarantäne mussten, oder Freunde und Verwandte haben, die an dem Virus erkrankten. Anhand der Grafik kann man deutliche Unterschiede zwischen betroffenen und nicht betroffenen Teilnehmer*innen feststellen. Erstere bewerten die Landesregierung des Bundeslands in dem sie lebten in Bezug auf alle Aussagen besser als letztere. **Die direkte Erfahrung mit dem Virus scheint die Wahrnehmung des Krisenmanagements insgesamt positiv zu beeinflussen.**

Abbildung 23: Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen für die Landesregierung des Bundeslands, in dem Sie leben zu? Mit Bezug auf das Krisenmanagement ...

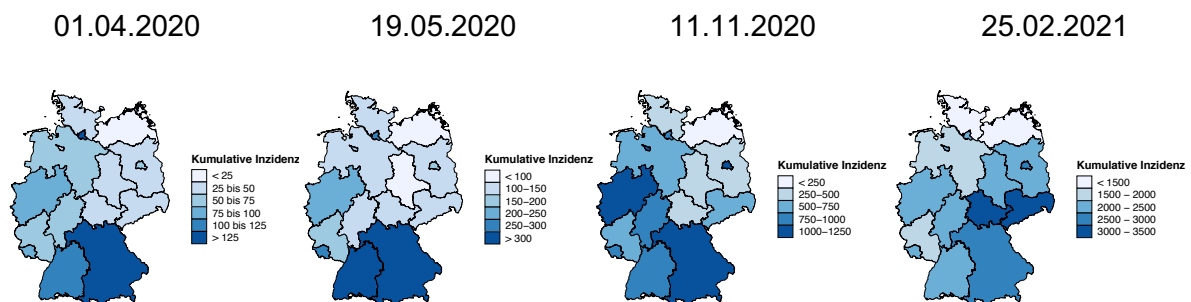


- No. 1 ... hat die Landesregierung gut ausgebildete Expert*innen, die mit Krisensituationen gut umgehen können.
- No. 2 ... leistet die Landesregierung gute Arbeit.
- No. 3 ... wird die Landesregierung ihr Bestmöglichstes tun, um Hilfe zu leisten, wenn Bürger*innen Hilfe benötigen.
- No. 4 ... handelt die Landesregierung in den Interessen ihrer Bürger*innen.
- No. 5 ... ist die Landesregierung fair und aufrichtig.

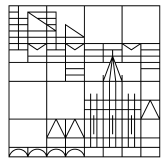
Mittelwerte für Welle 4 über medizinische Betroffenheit

Interessant ist, dass die **Betroffenheit der Länder (z.B. gemessen an der Inzidenz der Corona-Fälle) nicht maßgeblich mit der Bewertung des Krisenmanagements korreliert.** **Abbildung 24** zeigt die Betroffenheit der Bundesländer, die im Zeitverlauf stark variiert. Am Anfang waren besonders Bayern und Baden-Württemberg stark betroffen. Das Bild verschiebt sich allerdings im Krisenverlauf hin zu Thüringen und Sachsen als am stärksten betroffene Länder.

Abbildung 24: Kumulative Inzidenz in den Bundesländern pro Befragungswelle



Betrachtet man nun jedoch die Einschätzungen der Bürger*innen zu der Frage, wie übertrieben sie die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie empfinden, zeigt sich, dass Sachsen und Thüringen unter denjenigen Ländern mit den größten Mittelwerten sind (**Abbildung 25**).

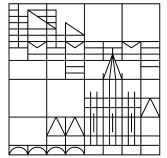


Sachsen hatte zuletzt die mit Abstand höchste kumulative Inzidenz aller Bundesländer und dennoch war der Anteil der Befragten mit kritischer Bewertung der Maßnahmen dort am zweithöchsten (nach Sachsen-Anhalt). Die Zustimmung zur Aussage stieg vor allem zwischen der März und Mai Befragung 2020. Während sie zu Beginn noch unter allen Bundesländern gering war, steigt sie über den Zeitverlauf deutlich an. Im November und Februar pendelte sie sich dann allerdings auf einem konstanten Niveau ein. Die Differenzen zwischen den Bundesländern blieben konstant.

Abbildung 25: Die bisher getroffenen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen die Corona Pandemie waren übertrieben.



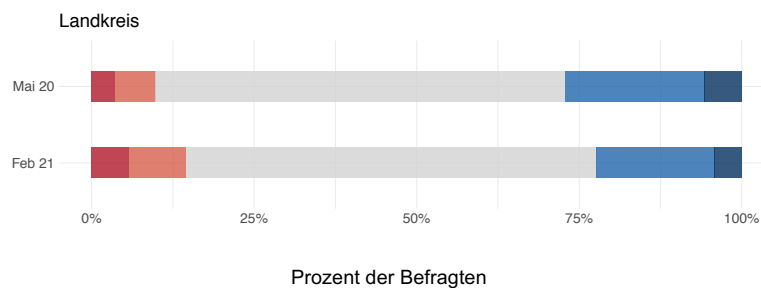
Mittelwerte pro Bundesland



Horizontaler Vergleich zwischen Landkreisen und Kommunen

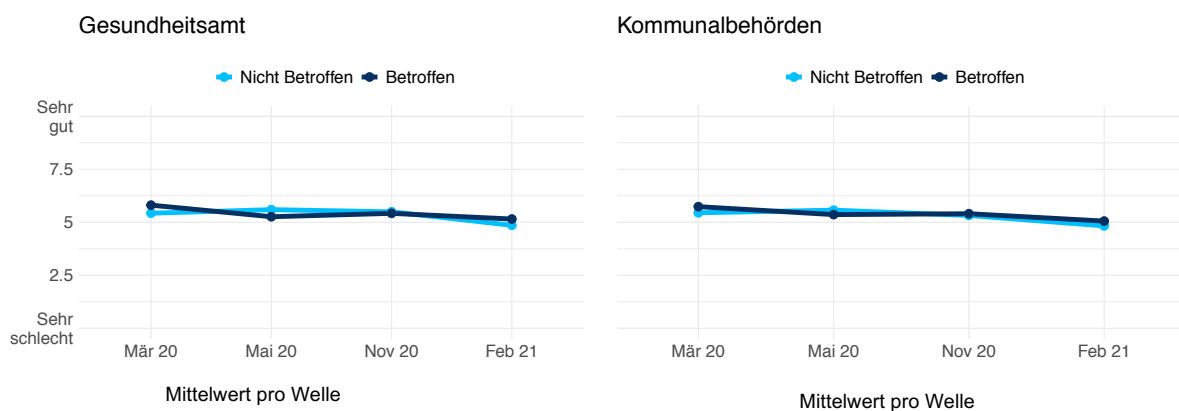
Im Vergleich zu anderen Landkreisen und kreisfreien Städten bewerten die Befragten ihre eigenen Kreise vor allem zu Beginn der Krise besser als die anderen (**Abbildung 26**). Im Februar 2021 zeichnet sich dieser Effekt nur noch schwach ab und die Anzahl der Befragten, die das Krisenmanagement ihres Kreises schlechter als das der anderen einschätzen, nimmt zu.

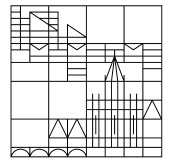
Abbildung 26: In der Corona-Krise haben Landkreise die Möglichkeit, situationsangepasst zu reagieren. Wie beurteilen Sie dabei die bisherige Leistung der folgenden föderalen Ebenen Ihres Wohnorts im Vergleich zu anderen Regionen?



Betrachtet man nun die Bewertung des lokalen Krisenmanagements im Detail, ergibt sich ein differenziertes Bild. Zunächst zeigt sich, **dass betroffene und nicht betroffene Personen die Reaktionen von Gesundheitsämtern und Kommunalbehörden auf die Corona Pandemie sehr ähnlich einschätzen** (**Abbildung 27**). Betroffene, also Menschen, die entweder selbst an Corona erkrankten, oder in deren Freundes- und Bekanntenkreis Infektionen vorkamen, haben grundsätzlich noch engeren Kontakt zu lokalem Krisenmanagement als die nicht betroffenen Teile der Bevölkerung. Dass diese beiden Gruppen das Pandemiemanagement, vor allem von Gesundheitsämtern, die mit der Kontaktnachvollziehung und Quarantäneüberprüfung beauftragt waren, unterschiedlich wahrnehmen, war durchaus zu erwarten. Die Daten zeigen diesbezüglich jedoch keine erheblichen Unterschiede zwischen den beiden Gruppen.

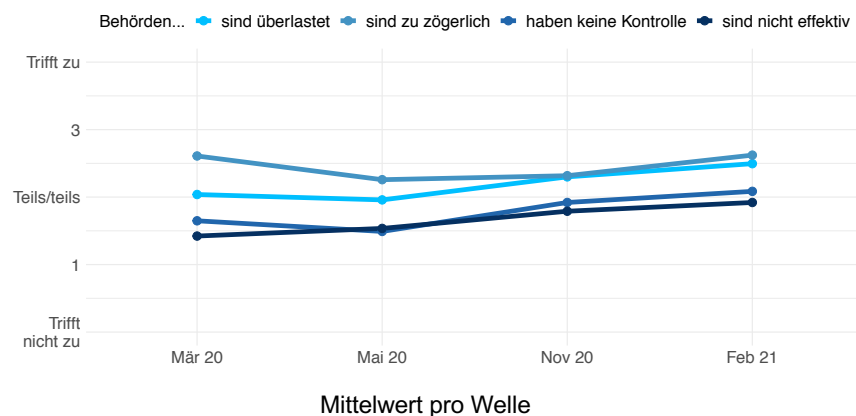
Abbildung 27: Wie beurteilen Sie die bisherige Reaktion auf die Corona-Pandemie der staatlichen Organe in den folgenden Kontexten? - Nach Betroffenheit Covid-19





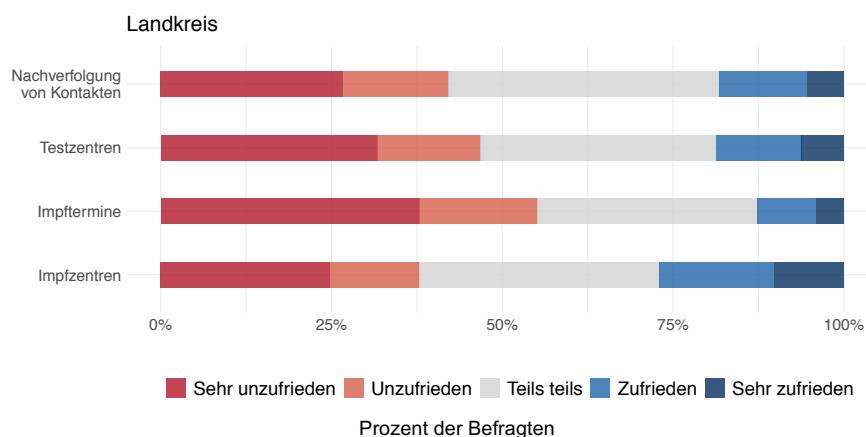
Während der gesamten Krise, aber vor allem zu Beginn, hätte sich eine Mehrheit der Befragten ein aktiveres Vorgehen der lokalen Behörden gewünscht. (Abbildung 28). Über alle Befragungswellen hinweg, selbst im Mai 2020, als die erste Pandemiewelle überstanden war und sich über den Sommer Erholung andeutete, wurden die kommunalen Behörden als zu zögerlich in ihrer Reaktion bewertet. Zusätzlich zeigt sich, dass Überlastung, Kontrollverlust und Ineffektivität den Kommunalbehörden zu Pandemiebeginn seltener zugeschrieben werden, zum Herbst/Winter 2020 jedoch eine klar steigende Tendenz vorliegt.

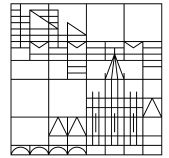
Abbildung 28: Inwiefern treffen die folgenden Aussagen auf die bisherige Reaktion ihrer zuständigen kommunalen Behörden zu?



Noch deutlicher zeigt sich die **Unzufriedenheit der Deutschen mit dem lokalen Krisenmanagement anhand der Bewertung der Umsetzung konkreter Aufgaben, wie der Kontaktnachverfolgung und dem Management der Test- und Impfstruktur (Abbildung 29).** In der vierten Befragungswelle im Februar 2021 haben wir gezielt nach einigen solcher Aufgaben gefragt. Dabei wurde die größte Unzufriedenheit bei der Ausgestaltung der Terminvereinbarung für Impfungen geäußert, dicht gefolgt von der Errichtung von Testzentren. Bei den Testzentren zeigten sich jedoch auch etwa 20% der Befragten zufrieden bis sehr zufrieden. Noch etwas besser bewertet wurde die Errichtung der Impfzentren, womit über 25% der Teilnehmer*innen zufrieden waren. Auch hier fiel jedoch die negative Bewertung größer aus: etwa 37% der Befragten zeigten sich unzufrieden.

Abbildung 29: Wie zufrieden sind Sie mit der Durchführung der folgenden Aufgaben ihres Landkreises? (Welle Feb 21)



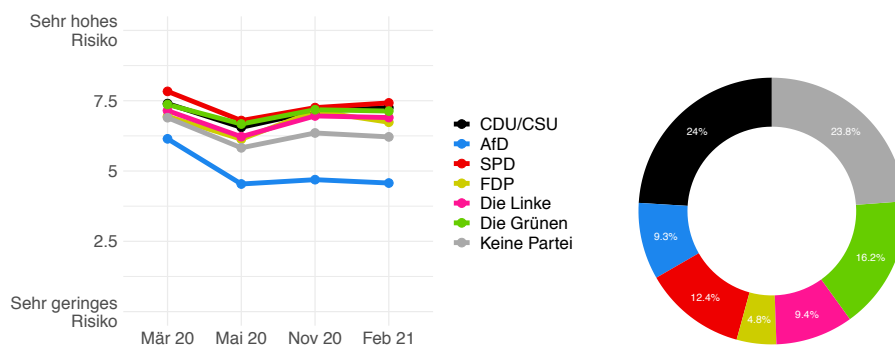


Der Einfluss von Parteizugehörigkeit auf die Wahrnehmung des Krisenmanagements

Die Krisenwahrnehmung der Corona-Pandemie hängt letztlich von vielen Einflussfaktoren ab. Einige davon, wie die lokalen oder aktuellen Inzidenzwerte, Alter, persönliche Betroffenheit, etc. wurden bereits beleuchtet. Ein weiterer Erklärungsfaktor, der von der Forschung zu Risikowahrnehmung und Institutionenvertrauen identifiziert wurde, ist die Parteizugehörigkeit.⁸ **Abbildungen 30** und **31** zeigen, wie sich die Risikowahrnehmung und die Bewertung der politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie über Parteien hinweg unterscheiden.

Insgesamt wurde von **allen Personen, unabhängig der Parteizugehörigkeit, das Risiko zu Beginn der Pandemie höher eingeschätzt als in den darauffolgenden Befragungswellen**. Anhänger*innen etablierter Parteien schätzten das Risiko durch die Corona-Pandemie über alle vier Wellen hinweg ähnlich hoch ein. Die Reihenfolge blieb dabei ungefähr gleich. Abweichungen zeigen sich nur bei AfD-nahen und Personen, die sich mit keiner Partei identifizieren können. **Befragte, die sich AfD-nah einordnen, nehmen das Risiko durch die Corona-Pandemie insgesamt am geringsten wahr**. Interessant ist hierbei, dass die Unterschiede zwischen AfD Anhänger*innen und anderen Parteizugehörigen zu Beginn der Pandemie noch deutlich geringer waren, also auch erstere das Risiko größer eingeschätzt hatten. Die Diskrepanz wuchs erst im Krisenverlauf.

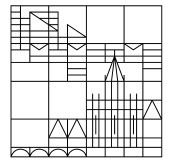
Abbildung 30: Wie hoch schätzen Sie das Risiko durch die Corona-Pandemie allgemein ein?



Mittelwerte pro Welle über Parteizugehörigkeit und die prozentuale Parteizugehörigkeit unter allen Befragten

Auch bei der Bewertung der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ist die Bewertung der AfD-nahen Gruppe deutlich negativer als bei den anderen Parteizugehörigkeiten (Abbildung 31). Insgesamt werden die Maßnahmen kaum als übertrieben wahrgenommen. Nur die Mittelwerte der AfD liegen ab Mai 2020 über 5, und somit bei „übertrieben“. Im Vergleich zu den Befragten, die sich etablierten Parteien nahe fühlen, bewerteten auch diejenigen, die sich keiner Partei nahe fühlen die Maßnahmen eher als übertrieben. Dabei zeichnet sich derselbe Trend wie in **Abbildung 30** ab: Wieder ergeben sich erst ab Mai 2020 deutliche

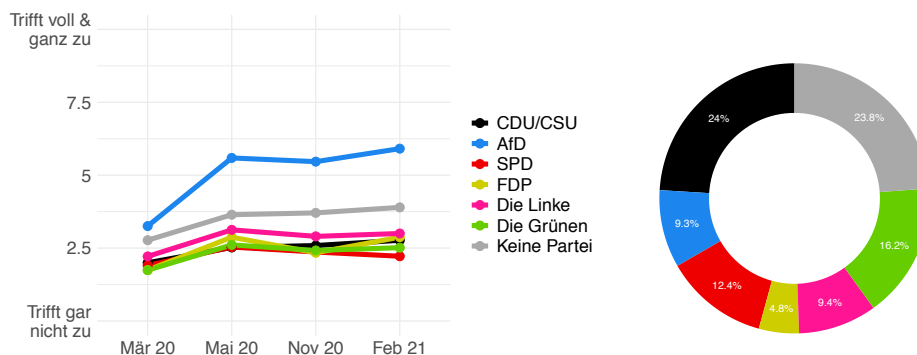
⁸ Z.B. Christensen, T. & Laegreid, P. (2005) Trust in Government: The Relative Importance of Service Satisfaction, Political Factors, and Demography, *Public Performance & Management Review*, 28:4, 487-511.



Unterschiede zwischen den Gruppen, wohingegen während der ersten Welle die Einschätzungen wenig auseinandergehen.

Eine mögliche Erklärung für diese Beobachtung könnte die wechselnde Haltung der AfD in der Krise sein. Während zu Beginn der Pandemie manche AfD-Parteimitglieder noch viel strengere Maßnahmen von der Regierung forderten, kristallisierte sich im Verlauf der Krise eine klare Ablehnungshaltung der AfD heraus.⁹ Im Laufe des Jahres hat vor allem die AfD große Kritik an den Maßnahmen und den damit verbundenen Einschränkungen geäußert und damit ihre Anhängerschaft zunehmend an deren Angemessenheit zweifeln lassen.

Abbildung 31: Die bisher getroffenen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen die Corona-Pandemie waren übertrieben.



Mittelwerte pro Welle über Parteizugehörigkeit und die prozentuale Parteizugehörigkeit unter allen Befragten

Auch hinsichtlich der öffentlichen Meinung zur Einigkeit der Parteien während der Corona-Pandemie zeigen sich Veränderungen über den Krisenverlauf. Insgesamt werden sie zunehmend als uneinig aufgefasst (**Abbildung 32**). Erstaunlicherweise nahmen in der ersten Befragungswelle 50% der Befragten eine Einigkeit der Parteien wahr. Das Bild verschob sich allerdings Richtung Uneinigkeit, bis diese im Februar 2021 die Einschätzungen der Befragten dominiert. Dieser Verlauf passt zum tatsächlichen Parteienwettbewerb während der Pandemie. Zu Beginn der Krise war die Opposition relativ behalten. Das gemeinsame Ziel aller Parteien war die schnelle Eindämmung der Pandemie in einer Situation großer Ungewissheit. Als mit Fortschreiten und vor allem mit dem nicht absehbarem Ende der Pandemie die Zielsetzung unklarer wurde und Abwägungen mit Blick auf Gesundheit, Wirtschaft und sozialem Leben getroffen werden mussten, entstand auch zwischen den Parteien Konkurrenz um das angemessene Vorgehen. Ob und inwiefern diese Parteipolitisierung problematisch, oder sogar förderlich für den politischen Diskurs und den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist, bleibt eine offene Frage.

⁹ Siehe z.B. Konietzny (2021, 21.5.). Wenn die AfD die Regierung lobt - In der Krise halten die Fraktionen zusammen. n-tv online. Verfügbar unter: <https://www.n-tv.de/politik/In-der-Krise-halten-die-Fraktionen-zusammen-article21668564.html>.

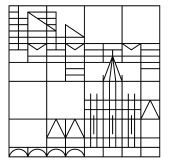
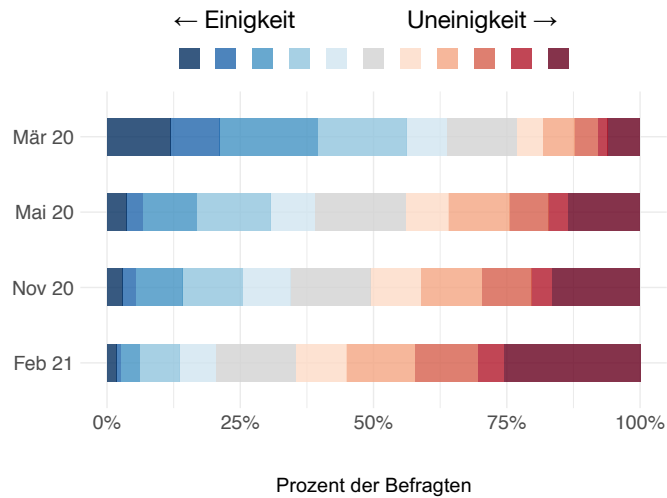
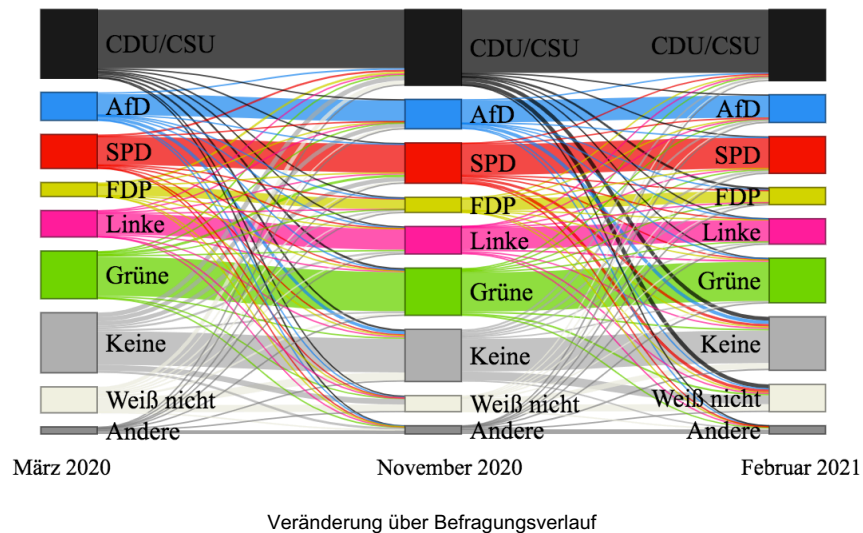


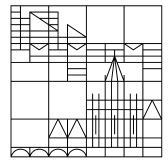
Abbildung 32: Sind die Parteien sich im Vorgang in dieser Krisen-Situation einig?



Während die wahrgenommene Uneinigkeit zwischen den Parteien über den Pandemieverlauf wuchs, blieb die Parteizugehörigkeit im Panel relativ konstant (Abbildung 33). Die meisten Befragten gaben über alle Erhebungswellen hinweg an, sich der gleichen Partei nahe zu fühlen. Lediglich von November 2020 zu Februar 2021 kann eine leicht erhöhte Abwanderung von der CDU/CSU beobachtet werden.

Abbildung 33: Veränderung Nähe zu Partei über Verlauf der Corona-Pandemie

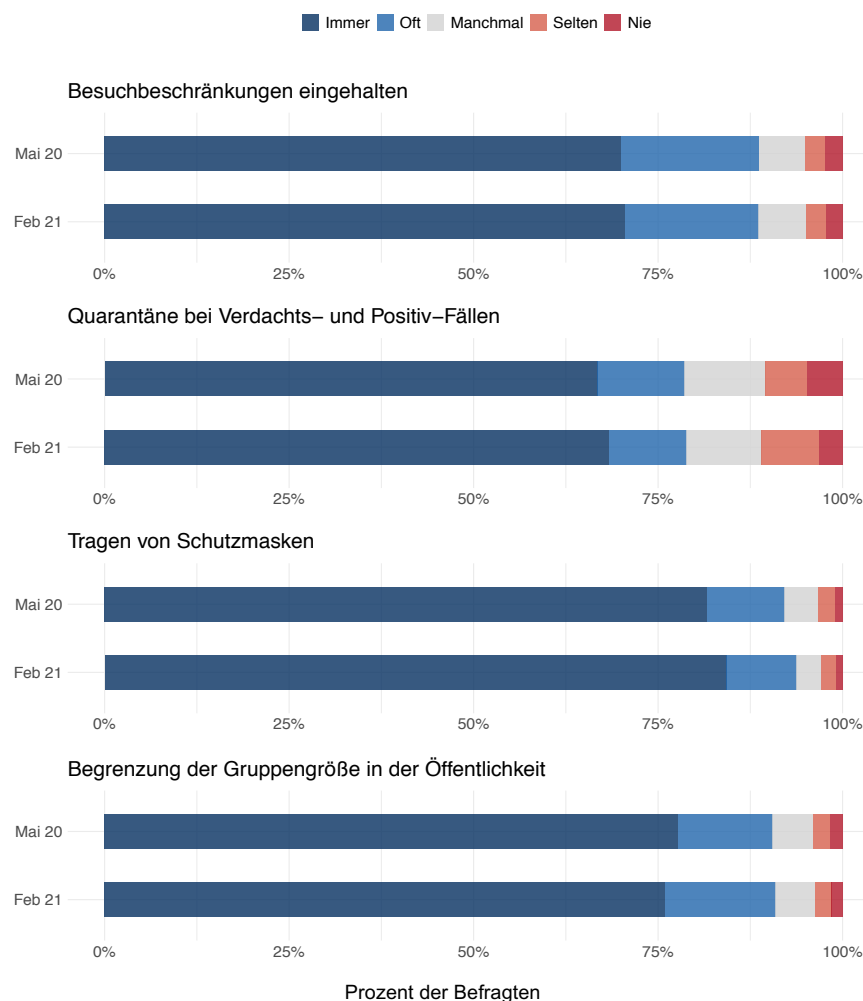




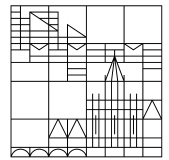
Verhaltensweisen der Bevölkerung während der Pandemie

Die Maßnahmen zur Eindämmung und Bekämpfung der Corona-Pandemie haben zu einer massiven und beispiellosen Veränderung von Verhaltensweisen weltweit geführt. Von der Durchsetzung der Maßnahmen, wie *social distancing*, den AHA-Regeln, etc., war die erfolgreiche Pandemiebekämpfung abhängig. Politische Regelungen allein sind in der Pandemie nicht ausreichend. Entscheidend ist deren freiwillige Umsetzung durch die Bevölkerung. Die Wissenschaft beschäftigt sich seitdem mit den Fragen ob und wieso Menschen sich an die Maßnahmen, die zu einem großen Teil nicht kontrolliert werden konnten, gehalten haben.¹⁰ **Unsere Daten zeigen, dass die Einhaltung der Maßnahmen nicht nur zu Beginn hoch war, sondern über den gesamten Verlauf der Pandemie hinweg. Die signifikante Mehrheit der Befragten hielt sich immer oder oft an die Maßnahmen (ausgewählte Maßnahmen in [Abbildung 34](#)).**

Abbildung 34: Wie sehr haben Sie sich in den letzten Wochen an die beschlossenen Maßnahmen gehalten?

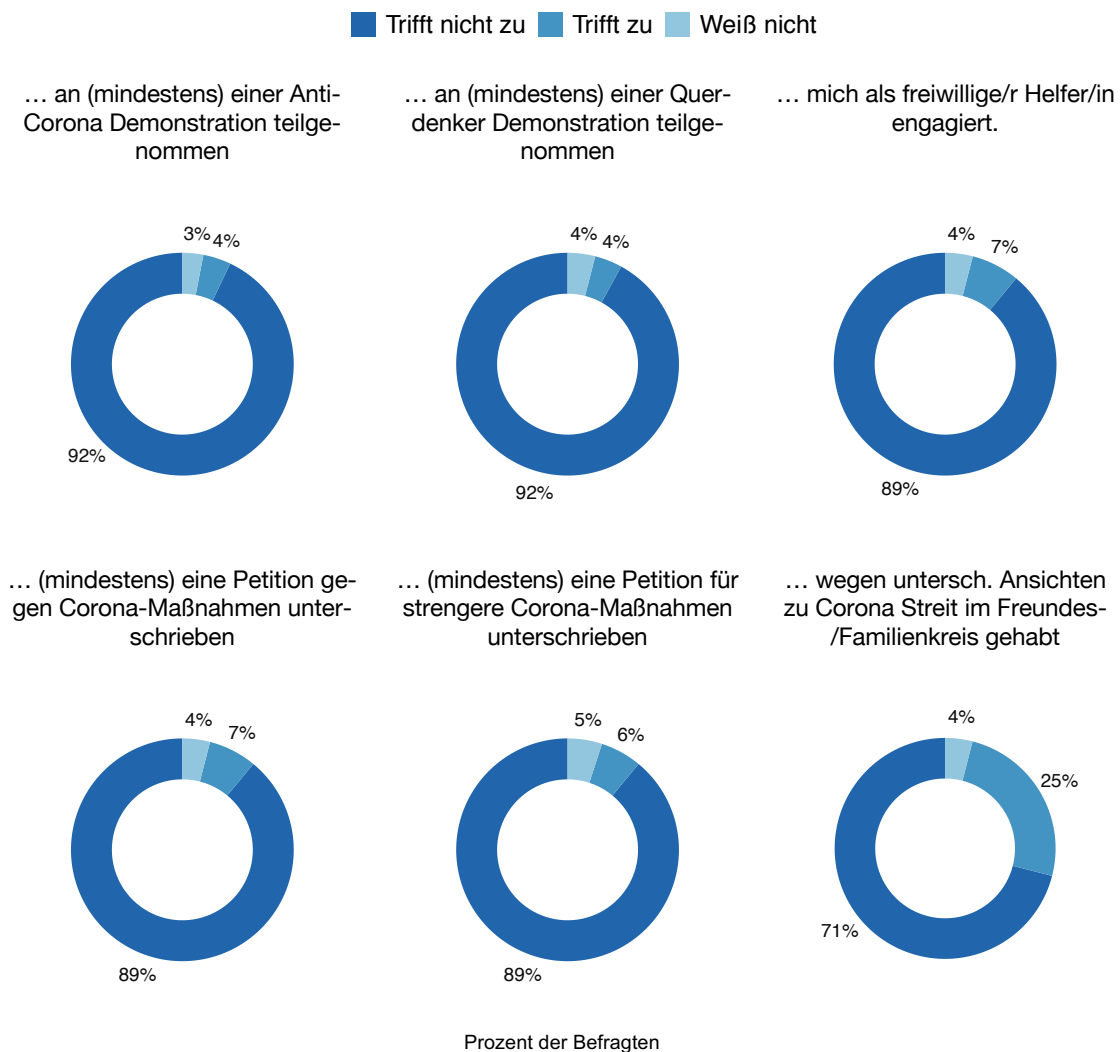


¹⁰ Siehe z.B. Dohle, S., Wingen, T., & Schreiber, M. (2020). Acceptance and Adoption of Protective Measures During the COVID-19 Pandemic: The Role of Trust in Politics and Trust in Science. *Social Psychological Bulletin* 15(4) und Ayalon, L. (2021). Trust and Compliance with COVID-19 Preventive Behaviors during the Pandemic. *International Journal of Environmental Research and Public Health* 18 (5).



Auch die Bereitschaft an Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen teilzunehmen, fällt deutlich geringer aus (4%), als es die mediale Aufmerksamkeit für Corona-Gegner vermuten ließ. Ein etwas größerer Anteil der Befragten engagierte sich als Freiwillige/r während der Pandemie (7%), oder setzte politische Zeichen durch das Unterschreiben von Petitionen für (6%) oder gegen (7%) Corona-Maßnahmen. Spaltend wirkt sich die Pandemie aber vor allem im Privaten aus (**Abbildung 35**): 25% der Befragten hatten während der Pandemie Streit im Freundes- und Familienkreis wegen unterschiedlichen Ansichten zu Corona.

Abbildung 35: Welche der folgenden Aussagen trifft auf Sie zu? Ich habe im letzten Jahr...



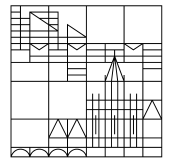


Abbildung 36: Würden Sie sich zum jetzigen Zeitpunkt gegen Covid-19 impfen lassen?

Welle Februar 2021

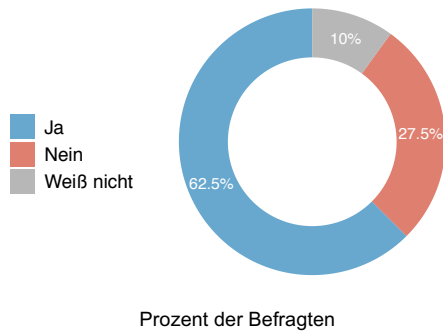
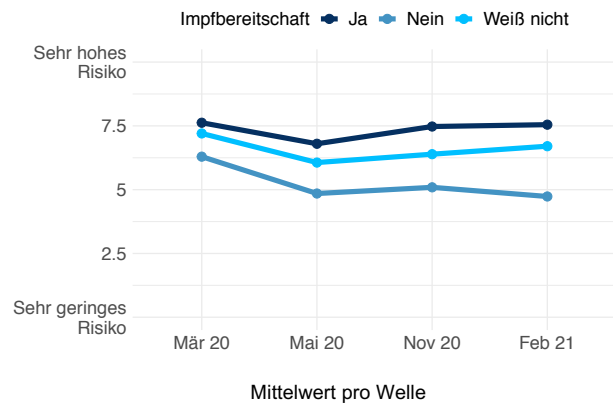
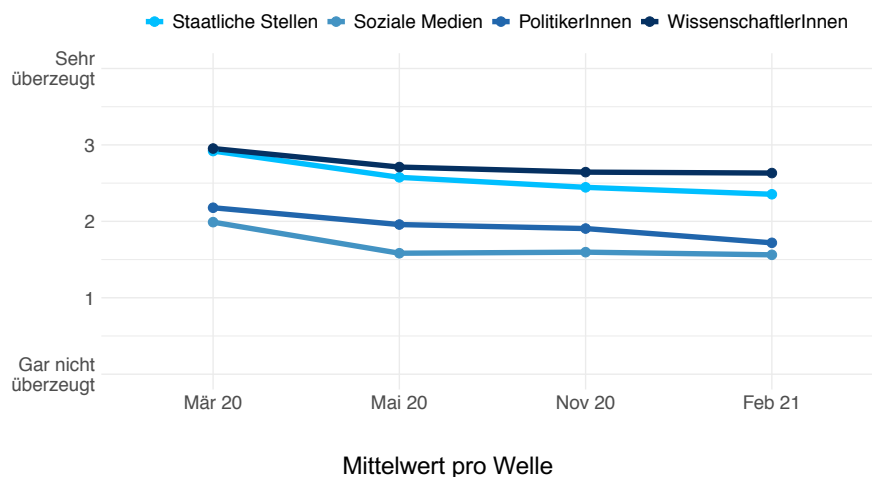


Abbildung 37: Wie hoch schätzen Sie das Risiko durch die Corona-Pandemie allgemein ein? – Nach Impfbereitschaft



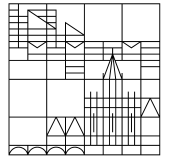
Betrachtet man Verhaltenseinstellung mit Blick auf die Impfung, zeigen die Daten, dass sich die Mehrheit der Befragten (63%) zum Zeitpunkt der Befragungswelle im Februar 2021 gegen Corona impfen lassen würde (Abbildung 36). Besonders Personen, die das Risiko durch Corona sehr hoch einschätzen, sind bereit sich impfen zu lassen, gefolgt von den Unentschlossenen (Abbildung 37). Befragte, die sich nicht impfen lassen würden, schätzen das von Corona ausgehende Risiko als am geringsten ein.

Abbildung 38: Wie sehr haben die folgenden Informationsquellen Sie überzeugt, Ihre Verhaltensweisen anzupassen?

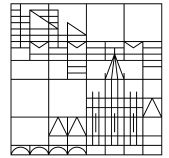


Die Erforschung der Bedingungsfaktoren für das Verhalten der Bevölkerung während der Pandemie hat erst begonnen. Dennoch ist aus angrenzenden Forschungsbereichen bekannt, dass das Vertrauen in Medien und Informationsquellen eine große Bedeutung für die Verhaltensweisen spielt.¹¹ Unsere Daten zum Vertrauen in Informationsquellen, die letztlich zu weitreichenden Veränderungen von Verhaltensweisen aufgerufen haben, zeigt auch dort eine klare Tendenz (Abbildung 38). **Wissenschaftler*innen und staatliche Stellen genießen das**

¹¹ Siehe z.B. Maykrantz SA. et al. (2021). How Trust in Information Sources Influences Preventative Measures Compliance during the COVID-19 Pandemic. *International Journal of Environmental Research and Public Health*. 18(11):5867.



größte Vertrauen und wurden durch den gesamten Pandemieverlauf als sehr überzeugend bewertet. Im Vergleich zu Beginn der Pandemie sanken die Mittelwerte jedoch leicht und staatliche Stellen mussten etwas mehr Überzeugungskraft einbüßen als Wissenschaftler*innen. Die negative Tendenz lässt sich auch bei Politiker*innen und sozialen Medien beobachten. Jedoch wurden beide Informationsquellen schon zu Beginn der Pandemie deutlich schlechter bewertet. Soziale Medien hatten bereits nach der ersten Welle einen starken Verlust an Überzeugungskraft zu verzeichnen, blieben danach aber konstant auf mittlerem bis niedrigem Niveau. Angesichts des bisher unbekanntes Ausmaßes an Fake-News, die zu Corona kursierten, ist diese Bewertung fast schon überraschend positiv. Problematisch ist dagegen die Beobachtung, dass auch das Vertrauen in Politiker*innen als verlässliche Informationskanäle auf ähnlich niedrigen Niveaus rangiert. Politiker*innen haben besonders über die dritte Pandemiewelle zwischen November 2020 und Februar 2021 zusätzlich an Überzeugungskraft verloren. Sie wurden im Februar 2021 kaum besser als die sozialen Medien bewertet und haben insgesamt wenig überzeugt.



INFORMATIONEN ZUM PROJEKT

Die Studie ist Teil des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Verbundprojektes "Entstehung und gesellschaftliche Wirkung hybrider Organisationen im lokalen Krisenmanagement" (HybOrg). Das Forschungsprojekt beschäftigt sich damit, wie deutsche Verwaltungsinstitutionen auf und unterhalb der Landkreisebene "Krisenmanagement" betreiben und dabei zum Aufbau von brückenbildendem Sozialkapital beitragen können. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt zielt darauf ab, eine systematische Erfassung des Verwaltungshandelns im Bereich des Krisenmanagements zu erstellen, dessen Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu analysieren und konkrete Empfehlungen für relevante Akteure zu formulieren.

Basierend auf Vorarbeiten zur sogenannten Flüchtlingskrise 2015/16 untersuchen Steffen Eckhard und Alexa Lenz in einem Zusatzprojekt den moderierenden Effekt des lokalen Krisenmanagements auf die gesellschaftliche Wirkung der Covid-19-Pandemie in Deutschland. Die zentralen Fragen sind, wie die Öffentlichkeit das staatliche Krisenmanagement wahrnimmt und inwieweit dieses das Vertrauen in die staatlichen Institutionen beeinflusst. Dabei wird insbesondere das Verwaltungshandeln auf kommunaler Ebene in den Fokus gerückt, da diesem im Rahmen des Krisenmanagements eine zentrale Bedeutung zukommt.

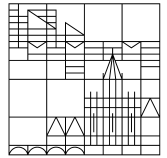
Ausgewählte weiterführende Publikationen aus dem Forschungsprojekt:

Eckhard, S., Graf, F., & Lenz, A. (2021). Bundesweite Befragung zum Umgang mit der Covid-19-Pandemie in Landkreisen und kreisfreien Städten. Technischer Report zur Verwaltungsbefragung. Universität Konstanz, KOPS. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-1job7b1mdncii5>

Eckhard, S., Lenz, A., Obermaier, K. & Graf, F. (2021). Die öffentliche Wahrnehmung des Krisenmanagements in der Covid-19 Pandemie – Vergleichende Landkreisbefragung in 27 Kreisen. Technischer Report. Universität Konstanz, KOPS. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-1o113rddcjfo5>

Eckhard, S. & Lenz, A. (2020). Die öffentliche Wahrnehmung des Krisenmanagements in der Covid-19 Pandemie. Discussion Paper. University of Konstanz, KOPS. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-uxhfn4noqkgi8>.

Weitere Details finden Sie auf unserer [Lehrstuhlseite](#) und [Projektseite](#).



Über die Autoren

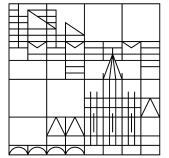
Alexa Lenz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Öffentliche Verwaltung und Organisationstheorie der Universität Konstanz. Sie arbeitet im Forschungsprojekt „Entstehung und gesellschaftliche Wirkung hybrider Organisationen im lokalen Krisenmanagement (HybOrg)“ zum Thema gesellschaftliche Auswirkungen staatlichen Krisenmanagements. In ihrem Promotionsprojekt untersucht sie die öffentliche Wahrnehmung von Krisenmanagement und deren Auswirkungen auf politisches Vertrauen und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

alexa.lenz@uni-konstanz.de

Steffen Eckhard ist Juniorprofessor und Leiter des Lehrstuhls für Öffentliche Verwaltung und Organisationstheorie an der Universität Konstanz sowie Projektleiter im Exzellenzcluster „Inequality“, im Forschungsverbund „Hybride Organisationen im lokalen Krisenmanagement“, und in der Forschergruppe „International Public Administration“. In seiner Forschung und Lehre untersucht er die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der öffentlichen Verwaltung auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen.

steffen.eckhard@uni-konstanz.de

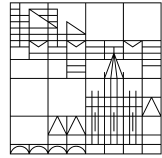
Pauline Hoffmann und **Klara Obermaier** sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am Lehrstuhl für Öffentliche Verwaltung und Organisationstheorie. Sie arbeiten im Rahmen des Verbundprojekts "Emergenz und soziale Effekte hybrider Organisationen im lokalen Krisenmanagement".



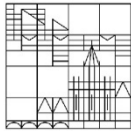
REFERENZEN

- Ayalon, L. (2021). Trust and Compliance with COVID-19 Preventive Behaviors during the Pandemic. *International Journal of Environmental Research and Public Health* 18 (5).
- Behnke, N. (2020). Föderalismus in der (Corona-) Krise? Föderale Funktionen, Kompetenzen und Entscheidungsprozesse. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 70(35-37).
- Christensen, T. & Laegreid, P. (2005) Trust in Government: The Relative Importance of Service Satisfaction, Political Factors, and Demography, *Public Performance & Management Review*, 28:4, 487-511.
- Devine D, et al. (2020). Trust and the Coronavirus Pandemic: What are the Consequences of and for Trust? An Early Review of the Literature. *Political Studies Review* 19(2).
- Dohle, S., Wingen, T., & Schreiber, M. (2020). Acceptance and Adoption of Protective Measures During the COVID-19 Pandemic: The Role of Trust in Politics and Trust in Science. *Social Psychological Bulletin* 15(4).
- Eckhard, S., & Lenz, A. (2020). Die öffentliche Wahrnehmung des Krisenmanagements in der Covid-19 Pandemie. Discussion Paper. University of Konstanz, KOPS. Verfügbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-uxhfn4noqkgi8>.
- Eckhard, S., Lenz, A., Seibel, W., Roth, F., & Fatke, M. (2020). Latent Hybridity in Administrative Crisis Management: The German Refugee Crisis of 2015/16. *Journal of Public Administration Research and Theory* <https://doi.org/10.1093/jopart/muaa039>
- Ellerich-Groppe, N., et al.. (2021). Young for old—old for young? Ethical perspectives on intergenerational solidarity and responsibility in public discourses on COVID-19. *European Journal Ageing* 18.
- Goldstein D., & Wiedemann J. (2020). Who Do You Trust? The Consequences of Political and Social Trust for Public Responsiveness to COVID-19 Orders. Available at: <https://ssrn.com/abstract=3580547>.
- Kaniasty, K., & Norris, F. H. (1995). In search of altruistic community: Patterns of social support mobilization following Hurricane Hugo. *American Journal of Community Psychology*, 23(4), 447-477.
- Konietzny (2021, 21.5.). Wenn die AfD die Regierung lobt - In der Krise halten die Fraktionen zusammen. n-tv online. Verfügbar unter: <https://www.n-tv.de/politik/In-der-Krise-halten-die-Fraktionen-zusammen-article21668564.html>.
- Kühne, S., et al. (2020). Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten von Corona: Eine Chance in der Krise?, SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, No. 1091, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.
- Maykrantz SA. et al. (2021). How Trust in Information Sources Influences Preventative Measures Compliance during the COVID-19 Pandemic. *International Journal of Environmental Research and Public Health*. 18(11):5867.
- Schraff, D. (2020). Political trust during the Covid-19 pandemic: Rally around the flag or lockdown effects? *European Journal of Political Research*.

Universität
Konstanz



Universität
Konstanz



ETH zürich



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

hyborg-projekt.de

Copyright 2021
HybOrg Projekt, Alle Rechte vorbehalten.

Lehrstuhl für öffentliche Verwaltung und Organisationstheorie
Fachbereich für Politik und Verwaltung

Universität Konstanz
Universitätsstraße 10
78464 Konstanz, Germany

Website: <https://www.polver.uni-konstanz.de/en/eckhard/>